

Sozialdemokratischer Pressedienst

Verleger und Chefredakteur:
Eric Hilfringhaus, Berlin.
Telefon: Amt Dönhoff 4196/4198



Anschrift für Verlag und Schriftleitung:
Berlin SW 61, Belle-Alliance-Platz 6
Telefonanschrift: Copalant

Die Herstellung erfolgt im Selbstverlag.

Der Abdruck ist nur auf Grund besonderer Genehmigung gestattet. Abdruckung höherer 4 Bogen
oder dem Charakteristiken, wenn nicht anders vermerkt ist. Größtmöglicher für beide Teile in Berlin.

Berlin, den 29. April 1932

Int. Institut
Soc. Geschiedenis
Amsterdam

Zahlen im Licht.

Ein Nachwort zu den Landtagswahlen.

SPD. Angenommen ein seit fünf Jahren von der Aussenwelt völlig abgeschnittener Mann, erhält plötzlich einen Kurszettel, auf dem der Ziffernwert der heutigen Aktien- und Anleihepapiere verzeichnet ist. Sofort würde dieser Mensch wissen, was sich inzwischen in der Weltwirtschaft abgespielt haben muss. Was diese Börsenzahlen für das wirtschaftliche Leben, bedeuten die Wahlziffern für das politische. Hinter der Wahlstatistik verbirgt sich die gesamte wirtschaftliche, soziale und politische Entwicklung, die heute eine umwälzende und fast revolutionäre Form angenommen hat.

Umwälzend und revolutionär, dass die ehemalige bürgerliche Mitte - mit Ausnahme des Zentrums - nahezu aufgerieben und verschwunden ist. Denn das ist das revolutionäre, dass sich ein Klassenprozess innerhalb Jahres- und Monatsfrist vollzieht, der sich in normalen Zeiten auf Jahrzehnte erstreckt. Diese bürgerliche Mitte ist dahin, weil die Katastrophe des Kapitalismus diesen Mittelklassen die wirtschaftliche Basis entzogen hat. Was noch von diesem Bürgertum übrig geblieben ist, hat sich meist um Hugenberg gesammelt, der republikanische Teil ist zu dem, aus der kapitalistischen Sintflut einsam herausragenden bürgerlichen Fels geflüchtet: zur Zentrumspartei!

Rechts von ihr stehen Hitler und seine nationalsozialistischen Haufen, an die sich die nationalistischen Bürger, Fabrikanten, Bankbesitzer, Grossagrarier und ihr Anhang anlehnen. Halb in Furcht, bald ganz von Hitler verspeist zu werden, halb in der geheimen Hoffnung die kommenden Kommandeure und Nutzpiesser des mit einem freudigen und mit einem nassen Auge zu begrüßenden "Dritten Reiches" zu sein. Einig ist diese gesamte Reaktion nur im Hass gegen die Republik, gegen die Freiheit und gegen die soziale und politische Gleichberechtigung der Arbeiterklasse. Was links vom Zentrum steht: ist "der Marxismus", sind Sozialdemokraten und Kommunisten.

Bleiben wir auf der linken Seite. Was lehren uns die Wahlergebnisse vom 24. April? Erstens: dass zu den Geschlagenen in erster Linie die Kommunisten gehören. An Kampfbedingungen und Voraussetzungen standen sie mit den Nationalsozialisten gleich auf gleich. Das Ergebnis: in Preussen errangen die Kommunisten bei den Maiwahlen von 1924 (Inflationswahlen) 13,3 % der Stimmen; Mai 1928: 11,9 %; September 1930: 14,6 %; April 1932: 12,8 %. Vom September 1930 bis April 1932 hat die KPD rund 322 000 Stimmen verloren, und dies bei den günstigsten Voraussetzungen, die je einer "revolutionären" und kommunistischen Partei gegeben waren. Sie ist nicht gewachsen und hat 322.000 an ihren schlimmsten Feind, an die Nationalsozialisten abgegeben. Eine schärfere Verurteilung ihrer Taktik, ihrer Parolen und ihrer fast ausschliesslich gegen die SPD und gegen die Demokratie gerichteten Kampfesart ist nicht denkbar. Es ist der Strafvollzug mit eigener Hand, und wenn wir auf der Gegenseite dieses gewaltige Anschwellen der Nazis sehen, so haben wir hierin auch die beste Demonstration und Quittung, was es bedeutet, wenn eine sozialistische Arbeiter

bewegung durch die Kommunisten gespalten und ihre Kraft im elenden Bruderkampf der Arbeiter dezimiert wird. Was ein Trotzki den Kommunisten vor einigen Monaten vorgeworfen hat, seine messerscharfe Kritik an der Selbstmord- und Verräter-Rolle der kommunistischen Zentrale, der 24. April hat es Wort für Wort grausam bestätigt.

Kommen wir zur Sozialdemokratie! Alles was an günstigen Voraussetzungen für Thälmann und Hitler bestand, war in gleicher Masse ungünstig für die Sozialdemokratie. Sie stand und steht in der Abwehr und Verteidigung gegen alle und jeden. Beteiligt an der Regierung in Preussen; gezwungen zur Tolerierung im Reich um die Republik und die letzten Errungenschaften der sozialen und politischen Freiheit zu verteidigen, stellt sich das Ergebnis seit 1924 wie folgt: Mai 1924: 18,7 %; Mai 1928: 29 %; September 1930: 23,2 % und April 1932: 21,2 % der Wahlstimmen. Mithin von 1924 - 1932: ein Rückgang der Kommunisten und kein "Eilen von Erfolg zu Erfolg" wie es sich die russische "Pravda" ausrechnet - aber ein Erstarken der Sozialdemokratie, trotz Absplitterung und Verlust durch die Spalter.

Immerhin ist die Sozialdemokratie noch nie so fest und stark gewesen als heute. Sie ist jedoch keine Partei der Selbstgenügsamkeit. Sie hat seit 1928 7,8 % Wahlstimmen verloren, seit 1932 rund 310 000 Stimmen und sie hat deshalb die Pflicht die Gründe zu erforschen und die Scharte auszuwetzen.

An wen sind diese 310 000 Stimmen verloren worden? Bleiben wir in Norddeutschland, denn Süddeutschland ist im anderen Licht zu messen. In Hamburg, in Berlin, in Ostpreussen und Anhalt hat die Sozialdemokratie seit 1930 zugekommen. In Pommern behauptete sie sich und in Frankfurt a.d. Oder, in Schleswig-Holstein und Merseburg ist ihr Verlust 0,8 %, 1,1 % und 2,8 %, minimal. Magdeburg, Weser-Ems und Ost-Hannover-Erfurt ist eine Ausnahme - dort liegt der Verlust unter dem Durchschnitt. Eine bedauerliche Ausnahme ist Erfurt. Bleiben das katholische Schlesien und die übrigen katholischen Provinzen Preussens. Hier gehen die Verluste der Sozialdemokratie genau wie im katholischen Süden sehr hoch. Je nach der konfessionellen Zusammensetzung der Kreise, ist der Verlust höher oder niedriger. Je mehr Katholiken desto höher, am höchsten Köln-Aachen mit 23,6 % Verlust (Oberbayern - 28,2 %).

In den überwiegend katholischen Bezirken Preussens hat die Sozialdemokratie etwa 360 000 Stimmen verloren. Rechnen wir die Spalter ab, so ist der Verlust in den katholischen Kreisen bereits so hoch wie der Gesamtverlust in Preussen. In denselben Kreisen haben aber auch die Kommunisten verloren, so dass sich hier eine sichere Tatsache zeigt, die auch örtlich genau nachzuprüfen ist: ein guter Teil des Zentrumsgewinnes entstammt aus den Reihen der sozialistischen Arbeiterschaft. Wir wissen, dass diese früher sozialistisch wählenden Arbeiter, angeekelt und erschrocken vom widerlichen Kampf der Kommunisten, diesmal in die Reihen des Zentrums zurückgekehrt sind, soweit sie katholischer Konfession waren. Ein anderer Teil ist zu den Nazis gegangen. Die wüste Hetze und Agitation der KPD, wir haben überall die sicheren Beweise, hat bewirkt: hunderttausende von Kommunisten sind zu den Nazis geeilt, viele Sozialdemokraten zum Zentrum!

Betrachten wir aber das Ergebnis des 24. April in Preussen insgesamt, so ergibt sich, dass 51,5 Prozent der Stimmen unbedingt einer faschistischen Diktatur entgegenstehen. Es ist die Sache der Politik und der Taktik, aus diesem Ergebnis die notwendigen Folgerungen zu ziehen. Nach welcher Richtung das geschieht, liegt zunächst vor allem in der Hand des Zentrums, der einzigen bürgerlichen Partei, die sich dem Ansturm der Nationalsozialisten gewachsen gezeigt hat.

SPD. Genf, 29. April (Eig. Drahtb.)

In der technischen Kommission für Seeabrüstung bestreiten England, Amerika, Frankreich und Japan neuerdings den Offensiv-Charakter der Linienschiffe, die sie als Verteidigungswaffe bezeichnet haben wollen. Die Hinweise auf den Bau des deutschen Panzerkreuzers "Deutschland" suchte von Rheinbaben mit der Erlaubnis durch den Versailler Vertrag zu entkräften. Trotz der hohen Kosten für diesen Bau sei Deutschland aber bereit, ihn auf dem Altar der Abrüstung zu opfern, wenn die anderen Seemächte bereit seien, das gleiche mit ihren Linienschiffen zu tun.

Die Land- und die Luftkommission haben bisher ebenfalls noch nicht zu einer Einigung über irgend eine Bestimmung von Angriffswaffen kommen können.

SPD. Merseburg, 29. April (Eig. Drahtb.)

Einen niedlichen Beitrag zu den preussischen Koalitionsgesprächen lieferte der bisherige Naziabgeordnete Hinkler im Landtag der Provinz Sachsen. Er äusserte sich in einer längeren Rede u.a. auch darüber, wie sich die Nazis die künftige Politik in Preussen denken: "Wenn wir in Preussen die Regierung gebildet haben, lösen wir alle Parlamente auf, auch die Provinzial-Landtage. Von Kopf bis Füss werden wir eine Reorganisation vornehmen, an der Sie (zu den übrigen Parteien) Ihr blaues Wunder erleben werden."

Selbst in den Reihen der Rechten entstand ob dieser Grossprecherei lebhaftere Erregung.

SPD. Trotz allem Siegesgeschrei über den Ausgang der Länderwahl verbirgt die nationalsozialistische Presse dennoch nicht den Schmerz und die Enttäuschung dass der Wahlausgang weit hinter ihren Erwartungen zurückgeblieben ist. Nicht einmal im Bunde mit Hugenberg und den übrig gebliebenen Splintern der bürgerlichen Parteien reicht es in Preussen zu einer Mehrheit, und die Tatsache, dass Hitler seine Regierungssehnsucht nur durch das Zentrum erfüllen kann, veranlasst ihn und seine Presse zu wahren Wutausbrüchen.

So heisst es z.B. in den in den protestantischen Teilen Preussens erscheinenden Naziblättern wörtlich: "Diese Wahl ist der Anfang vom Ende aller Romherrschaft über Deutschland." Aber selbst in Essen, wo man sich vor der Wahl zwecks Stimmenfang sehr katholikenfreundlich gab, lassen jetzt die Naziagitatoren die Maske fallen. In ihrem Leitartikel vom 27. April sagt die "National-Zeitung" gegen eine Wahlrede des Zentrumsführers Dr. Kaas, der die Preussenwahl als einen Schicksalstag auch für Europa bezeichnet hatte: "Mit zynischer Offenheit deckt der Zentrumsführer hier die Karten der eigentlichen Zentrums politik auf. Wir müssen ihm zugestehen, dass heute das politiktreibende katholische Priestertum die Entwicklung der europäischen Staatenpolitik durchaus richtig erkannt hat und dass diese Entwicklung für seine Politik einen durchaus bedrohlichen Charakter annimmt... Seit dem Grossen Kurfürsten war das mächtig aufstrebende Preussen den politiktreibenden katholischen Geistlichen ein Dorn im Auge. Als es nun Bismarck gelungen war, wenigstens nach aussen einen mächtigen deutschen nationalen Staat zu errichten, setzte sofort ihre Wühlarbeit ein. Aus den Resten der früheren katholischen Fraktion gründete man die Zentrumspartei, die alle preussen- und reichsfeindlichen Kräfte, Polen, Elsass-Lothringen, Welfen und die links-liberalen Kreise zu sich herüberzuziehen verstand. Das neue gegründete deutsche Reich war in sich noch nicht so fest, diesen vereinigten Wühlereien genügend Widerstand entgegenzusetzen. Bismarck musste zum Teil resignieren, um nicht den ganzen Bestand seiner Gründung zu gefährden. Nun hatte das Zentrum gewonnenes Spiel. Es betätigte seine Politik, wenn auch zeitweilig geschickt getarnt, geradlinig in reichsfeindlicher Weise... Es paktierte mit den Sozialdemokraten und ermöglichte diesen durch seine Haltung im Kriege das Gelingen des Novemberverrates."

Sich gegen diese niederträchtigen Lügen, Drohungen und geschichtsverfälschende Darstellung zu verteidigen, muss dem Zentrum überlassen bleiben. Beachtenswert ist lediglich, dass die Nationalsozialisten jetzt gegen das Zentrum genau dieselbe infame Dolchstoßlüge erfinden, wie sie es bisher gegen die Sozialdemokratie getan haben. Eine treuteutsche, aber immerhin biedere Empfehlung eines Regierungspartners.

SPD. München, 29. April (Eig.Drahtb.)

Die "Münchener Post" veröffentlicht in ihrer Freitag-Ausgabe Dokumente, die zeigen, dass die oberste Leitung der nationalsozialistischen Sturmabteilungen und Schutzstaffeln bis zuletzt bemüht war, die Bürgerkriegsarmee Hitlers militärisch auszubauen. Es handelt sich bei den Dokumenten um eine Anweisung Röhm vom 4. März 1932, die nur den Führern der höchsten Kommandos, also sämtlichen Gruppenführern, dem Reichsführer der SA und dem Generalinspekteur zugegangen ist.

Röhm verlangt darin eine straffe und zuverlässige Organisation des Nachrichten- und Spionagedienstes, um die Wirkungsfähigkeit der politischen und militärischen Gliederung der Nationalsozialisten sicherzustellen; denn das sei von ausschlaggebender Bedeutung. Dieser Anweisung sind dann unter Anlage Nr. 680/32 höchst interessante Richtlinien für den Aufbau und die Ausbildung des Kundschafterdienstes beigegeben. Danach ist bei jeder Standarte (Regiment) und Untergruppe (Division) ein Leiter des Kundschafterdienstes zu bestellen, der über umfangreiche Beziehungen und über Kenntnisse auf fast allen Gebieten verfügen muss. Für solche Posten kommen nur "gewürfelte Personen" in Frage. Diese Leiter haben Einzelpersonlichkeiten aufzustellen, die den Dienst in allen den Nationalsozialisten feindlichen Organisationen zu verrichten haben. Wieder andere Persönlichkeiten - und das sei eine höchst wichtige Aufgabe - sind mit der Abwehr der Spitzeltätigkeit in den eigenen Reihen und der Ueberwachung der eigenen Leute zu beauftragen. Eine dritte Gruppe hat die Aufgabe, in den feindlichen Organisationen Misstimmung gegen die Führer und die eigene Organisation hervorzurufen; im besonderen hat sie falsche Gerüchte auszustreuen zu dem Zweck, falsche Massnahmen bei den roten Einheiten auszulösen. Gerade aus dieser Tätigkeit, zu der nur besonders sorgfältig ausgewählte Leute zu verwenden seien, ergebe sich bald, wer für den Kriminaldienst am besten geeignet sei. Alle Kundschafter haben nach einem bestimmten Schema wöchentlich zu berichten. Zu ihren ersten Aufgaben zählen: 1) genaue Angaben über Namen, Beruf, Wohnung und Geburtstag der Führer aller marxistischen Organisationen sowie über ihre Geschäftsstellen, Druckereien und Verkehrsalokale; ferner über die Stärke und Absichten von Stahlhelm, Wiking-Bund, Ehrhardt, Stennes, Widerstandskreis, Bayerischer Heimatschutz, Bayernwacht und allen ähnlichen Verbänden. 2) Ueberwachung und Berichterstattung über die Tätigkeit von Zentrum, Bayerischer Volkspartei und Landbund. 3) Anfertigung von Lichtbildern aller gegnerischen Führer und aller wichtigen Gebäude. 4) Ueberwachung der eigenen Führer.

Die Kundschafter sind vom SA-Dienst freizumachen, sie sollen mit SA-Männern möglichst wenig verkehren und sich weder durch Abzeichen noch durch Hitlergruss kenntlich machen. Jedem Kundschafter ist eine Nummer zuzuteilen, mit der er auch seine Schriftstücke unterzeichnet. Besonders gute Meldungen sollen von der Gruppe belohnt werden.

SPD. Merseburg, 29. April (Eig.Drahtb.)

In der ersten Gläubigerversammlung des von den Kommunisten in Konkurs gewirtschafteten Konsumvereins Merseburg wurde mitgeteilt, dass den Passiven in Höhe von 610 000 Mark nur Aktiven in Höhe von 6 000 Mark gegenüberstehen. Das Warenlager besteht ausschliesslich aus alten Ladenhütern, die nichts einbringen.

SPD. Die Rechnungsprüfung, mit der sich der Haushaltsausschuss des Reichstags auf Grund des Berichts seines Unterausschusses auch am Freitag beschäftigt, bringt immer mehr Misstände der sogenannten Fondswirtschaft an den Tag.

So wurde festgestellt, dass aus dem zur Förderung der Wissenschaft, des Gesundheitswesens und anderer Zwecke bestimmten Fonds des Innenministeriums in Höhe von 18,3 Millionen vielfach Unterstützungen an Institutionen gegeben wurden, ohne dass man sich um den Verwendungszweck kümmerte. Das hat zur Folge, dass die Gelder in manchen Fällen nicht für Sachzwecke, sondern für grosse Personal- und Verwaltungsausgaben verwendet wurden. Gerissene Kenner des Etats verstehen es, die einzelnen Ressorts der Reihe nach unter den verschiedensten Zweckangaben auszunützen. Man gewinnt überhaupt den Eindruck, als ob bestimmte zentrale Organisationen nur gebildet worden sind, um Reichsmittel erlangen zu können. Blickt man den Dingen auf den Grund, so entdeckt man nicht wenige Stipendiaten des Reichsetats, die heute das Reich als Subventionsquelle missbrauchen um morgen über das "System" loszuziehen und sich selbst als Reinger des öffentlichen Lebens aufzuspielen. Hier hätte die Nazi Gelegenheit, erfolgreich gegen Korruption anzukämpfen, aber sie ziehen es immer noch vor, sich ihren Abgeordnetenpflichten zu entziehen und das Säuberungswerk den "Marxisten zu überlassen. Wenn z.B. der Verband ländlicher Hausfrauenvereine neben andere Unterstützungen noch einen besonderen Beitrag für einen Sportlehrerkursus bekommt, wenn der "Bund deutscher Tabakgegner" Unterstützung vom Reich bezieht, das möglichst hohe Tabaksteuererträge wünscht, wenn ein Abstinenzgrüppchen, das sich "Deutsches Hochzelt des Internationalen Ordens der Rehabiliten" nennt, Reichsbeiträge bekommt, wenn ein anderer alkoholgegnertischer Verein es versteht, aus vier verschiedenen Etatstiteln Beiträge zu holen, wenn das Rote Kreuz einmal als Spitzenorganisation, sodann durch seine zahlreichen Zweigeinrichtungen von den verschiedensten Ministerien grosse Beiträge bezieht, so ist das eine Verzettelung von Steuergeldern, die noch dazu jeder Durchsichtigkeit entbehrt. Das Institut für deutsche Handwerkswirtschaft bekam 1929 100 000 Mark, 1930: 70 000 Mark; bei einem Gesamthaushalt dieses Instituts von 134 000 Mark entfielen auf Gehälter 105 000 Mark!! Das Reichskuratorium für Wirtschaftlichkeit bezieht immer noch Unterstützungen von vier Ministerien. Da das Verlangen nach einer rationellen und übersichtlichen Verwaltung der bewilligten Fonds noch nicht erfüllt ist, kündigte die Sozialdemokratie entsprechende Anträge für die Etatsberatung an.

Ein übles Kapitel ist auch das der Unterstützung der "Kreditgemeinschaft gemeinnütziger Selbsthilfeorganisationen Deutschlands G.m.b.H.". Dieser Körperschaft standen im Jahr 1930 aus Reichs- und Länderquellen über 13 Millionen zur Verfügung. Auf die Frage nach der Art der Verwendung der Mittel und ihrer Kontrolle wurde von den Regierungsvertretern erklärt, dass ihnen seither eine Nachprüfung nicht möglich sei! Wenn Marxisten öffentlichen Kassen belasten würden, gäbe es bestimmt einen Höllen-Spektakel! Da hier aber keine "marxistische Korruption" zu entdecken war, schwiegen alle deutschnationalen Flöten.

Erschöpfend ist diese Aufzählung der in einer Ausschusssitzung beleuchteten Verwendung von Reichsgeldern natürlich nicht.

SPD. Der nationalsozialistische "Kampf" in Halle veröffentlicht am 28. April einen Artikel unter der Überschrift: "Hinein in den Staat", dem wir folgende entscheidende Stellen entnehmen:

"In diesem Augenblick, wo sich die nationalsozialistische Parteipolitik auf die nationalsozialistische Staatspolitik umstellt, hat die NSDAP ihren Zweck erfüllt, hat die deutsche Revolution gesiegt, ist das liberale parlamentarische System zerbrochen. Bis zu diesem Augenblick wird jede Tagespolitik Koalitions politik sein ... Vom Standpunkt der parlamentarischen Plattform

aus ergibt sich daher die Regierungsneubildung als ein einfaches Rechenexempel. Sie hat mit grundsätzlicher Erwägung garnichts zu tun. Grundsätzlich ist höchstens zu sagen, dass die NSDAP innerlich und äusserlich unabhängig ist und an keine Partei gebunden ist. Die NSDAP hat genug politische Geschicklichkeit um zu verschiedenartigen und von ihr grundverschiedenen Gruppen in Beziehung treten zu können. So wäre auch grundsätzlich gegen eine Koalition der NSDAP mit dem Zentrum nichts zu sagen... Zentrum wie NSDAP haben in Gewerkschaftsgedanken einen gemeinsamen Resonanzboden... Die Koalitionspolitik ist keine Sache politischer Grundsätze."

Zwei Tage vorher war in der nationalsozialistischen "Preussischen Zeitung" von Königsberg ein Leitartikel zu lesen, mit der Ueberschrift: "Ihr schwarzen Herren". Darin heisst es wörtlich: "Diese Wahl ist der Anfang vom Ende aller Juden- und Romherrschaft über Deutschland. Das ist nicht zu viel gesagt."

In Königsberg war man sich offenbar an diesem Tage noch nicht klar, dass "die deutsche Revolution" gesiegt und "die NSDAP" ihren Zweck erfüllt hat, wenn die Hitler, Goebbels und Röhm an der Futterkrippe sitzen; dass sie dazu das Zentrum benötigen ist zwar ein kleiner Geburtsfehler für die Antikomkämpfe aber sie werden sich sicherlich mit Herrn Goebbels trösten, der ja auch nicht grade dem Ideal eines aufgenordeten Menschen entspricht.

SPD. Frankfurt/M., 29. April (Eig. Dr.)

Die Nazis, die durch ihr Nichtstun im Reichstag und seit dem Fall des Reichstagsabgeordneten Sprenger als Diätenschlucker im deutschen Parlamentarismus berüchtigt sind, suchen jetzt die Massen in Hessen durch einen Rosstäuschertrick von der moralischen Sauberkeit der NSDAP zu überzeugen. Sie haben im hessischen Landtag einen Antrag gestellt, wonach die Bezüge der Landtagsabgeordneten nur auf den Ersatz der wirklichen Ausgaben herabgesetzt werden sollen.

Die Nazis wollen durch ihren Antrag erreichen, dass die Intellektuellen und Gewerbetreibenden, die ihrer Partei angehören, auf Kosten der Arbeiterabgeordneten höhere Diäten schlucken. So würde z.B. ein Rechtsanwalt unter Umständen 40 bis 50 Mark pro Tag Diäten bekommen, während ein Arbeiter mit einigen Mark Lohnausfallersatz abgespeist werden würde. Der heuchlerische Nazi Antrag ist deshalb auch im hessischen Landtag als eine ganz gemeine Diätenschluckerei gekennzeichnet und gebrandmarkt worden. Abgesehen davon würde durch die nationalsozialistische Methode nichts gespart, sondern es würden nur höhere Kosten durch die Bezüge der Nazidiätenschlucker verursacht.

SPD. Die Nazis hielten in Berlin unter dem Vorsitz Hitlers eine sogenannte Führertagung ab, die sich mit der politischen Lage nach den Preussenwahlen befasste. Ein Teil der Teilnehmer sprach sich unter den obwaltenden Umständen gegen jede Beteiligung an der preussischen Regierung aus. Erst müsse durch fortgesetzte Wahlen die absolute Mehrheit im Preussen-Parlament erlangt werden. Die Mehrheit entschied sich jedoch dafür, wenigstens so zu tun, als ob die Nationalsozialistische Partei in Preussen auch jetzt bereits zur Macht wolle. In dieser Hinsicht soll besondere Eile oder gar Entschlossenheit jedoch nur vor der Öffentlichkeit an den Tag gelegt werden.

SPD. Die "National-Zeitung", Hitlers Essener Organ, schreibt in einem Leitartikel vom 28. April:

"Schon seit den Reichstagswahlen im September 1930, mit denen die stürmischen Eroberungen der deutschen Volksseele durch die Hitlerbewegung begannen, besonders aber seit der Reichspräsidentenwahl, hat die französische Presse ihre Sprache nicht nur Hitler sondern ganz Deutschland gegenüber langsam aber offenkundig geändert. Verachtung, Spott, hochnäsige Zurückweisung, ja selbst haufenweise Unverschämtheiten, wie wir sie unter der Herrschaft der Stresemannschen Locarnopolitik in der französischen Presse gewohnt waren, sind immer seltener geworden. Das lawinenartige Anwachsen allein schon der Hitlerbewegung hat genügt, den gallischen Grössenwahn zu dämpfen, Achtung und Respekt einzuflöschen."

Am gleichen Tage bringt die Hitlerpresse eine grossaufgemachte Nachricht mit der Überschrift: "Die Franzosen werden frecher. Schon wieder ein Militärflieger über deutschem Gebiet... Die offensichtliche Bräskierung Deutschlands zeigt sich deutlich."

Wie reimt sich das, ihr Nazi-Schwindler?

SPD. München, 29. April (Eig. Drahtb.)

In dem Münchner Nazi-Blatt fordert dessen Chefredakteur als Mindestansprüche der Nazis für die Beteiligung an der preussischen Regierung die Besetzung des Ministerpräsidiums, des Innenministeriums, des Kultusministeriums sowie die Posten des Polizeipräsidenten von Berlin und der meisten preussischen Grosstädte.

Der preussische Nazi-Abgeordnete Kube erklärt, die Nationalsozialisten würden sich niemandem aufdrängen, sondern abwarten und die anderen an sie herantreten lassen. Sicher sei nur das eine: "Wir Nationalsozialisten haben alle Möglichkeiten, einem geplanten Geschäftsministerium die Hölle heiss zu machen. Wir schenken der Sozialdemokratie nichts. Unser Kampf geht bis zur Vernichtung dieser Partei mit allen Mitteln, die uns Verfassung und Geschäftsordnung geben, rücksichtslos weiter."

SPD. Genf, 29. April (Eig. Drahtb.)

Auf Anregung des englischen Ministerpräsidenten fand am Freitag in der Wohnung des amerikanischen Staatssekretärs Stimson eine Besprechung der Führer der Abrüstungs-Delegationen von Deutschland, Amerika, England, Frankreich und Italien statt. Man kam überein, die aussichtsvollen Verhandlungen zwischen den Führern der Delegationen, die durch die Krankheit Tardieu unterbrochen wurden, sobald als möglich fortzusetzen. Die Verhandlungen sollen möglichst bereit in 14 Tagen wieder aufgenommen werden. Das genaue Datum soll schnellstens festgesetzt werden.

SPD. Stuttgart, 29. April (Eig. Drahtb.)

Die Nationalsozialisten bemühen sich, in Württemberg eine Regierung unter Ausschaltung des Zentrums zu Stande zu bringen. Rein rechnerisch wäre dies möglich, wenn sich die 23 Nationalsozialisten mit den 9 Bauernbündlern, 3 Deutschnationalen, 4 Demokraten und 3 Vertretern des Christlichen Volksdienstes zusammenfinden würden. Das ergäbe eine Landtagsmehrheit von 42 gegen 38 Stimmen. Politisch dürfte jedoch das Zustandekommen einer solchen Koalition kaum in Aussicht zu nehmen sein. Aber es ist von Interesse, dass die Nationalsozia-

listen, bevor sie mit der grössten und bis jetzt führend gewesenen bürgerlichen Partei überhaupt in Fühlung getreten sind, durch Verhandlungen mit den kleinen Gruppen den Versuch machen, eine "evangelisch betonte" Mehrheit im Landtag zu Stande zu bringen.

Im Zentrum ist man über diese Vorgänge sehr entrüstet und erklärt, zunächst abwarten zu wollen, welche "ungeklärten Möglichkeiten" diese konfessionelle Betrachtung der württembergischen Politik noch eröffnen wird.

SPD. Braunschweig, 29. April (Eig. Dr.)

Dem preussischen Landtagsabgeordneten Kuttner, der hier am 1. Mai in zwei grossen Protestkundgebungen sprechen sollte, wurde keine Redeerlaubnis erteilt. Die Erlaubnis wurde mit der Begründung verweigert, dass Kuttner die öffentliche Sicherheit und Ordnung gefährde.

Die Plakate für die Veranstaltungen, in denen als Thema: "Die Regierung Klagges und der 1. Mai" angekündigt und Kuttner als Redner verzeichnet wurde, waren vom hiesigen Polizeipräsidium bereits vor einigen Tagen genehmigt worden. Am Freitag teilte das Polizeipräsidium, zweifellos auf Anordnung von Nazi Klagges, mit, dass weder Kuttner reden noch über das angekündigte Thema gesprochen werden dürfe. Die Polizei wird das auf den bereits genehmigten Plakaten verzeichnete Thema nunmehr überkleben lassen.

SPD. London, 29. April (Eig. Drahtb.)

Die Verhandlungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern im englischen Kohlenbergbau, die am Donnerstag wiederaufgenommen wurden, sind erfolglos abgebrochen worden. Die Arbeitgeber verlangen die Aufrechterhaltung des 7½ Stundentags für unbegrenzte Zeit und wollen sich nur verpflichten, die gegenwärtigen Löhne während der Dauer eines Jahres bestehen zu lassen. Die Arbeitnehmer bezeichnen diese Bedingungen als unannehmbar.

SPD. Halle, 29. April (Eig. Drahtb.)

Aus Anlass einer Wohnungszwangsräumung in einer Siedlung, deren Geschäftsanteile sich grösstenteils in städtischen Händen befinden, kam es hier zu einem Zusammenstoss zwischen der Polizei und einer von der kommunistischen Presse aufgewiegelten Menge. Die Bewohner zweier Häuser, aus denen auf die Polizei mehrere Schüsse abgegeben worden sein sollen, wurden zwecks Feststellung des Sachverhalts dem Polizeipräsidium zugeführt. Sämtliche 29 Festgenommenen sind nach ihrer Vernehmung entlassen worden.

Alles deutet daraufhin, dass der Zusammenstoss von der KPD provoziert worden ist, um die kommunistische Wahlniederlage (Verlust 5½ Tausend in Halle Stadt und Land) vergessen zu machen. Der Exmittierte ist ein Angestellter des kommunistischen "Klassenkampf", der die Miete sehr wohl hätte zahlen können. Er hatte seinen Verdienst und bezog ausserdem noch Miete von einem Untermieter, einem kommunistischen Stadtverordneten.

SPD. Prag, 29. April (Eig. Drahtb.)

In der Eisenbahnstation Tschechisch-Teschen in Schlesien drangen am Freitag-Vormittag drei unbekannte Männer in den Amtsraum des Bahnhofskassiers ein. Der Kassierer wurde überwältigt und mit einem stumpfen Gegenstand

Gegenstand schwer verletzt. Die Räuber bemächtigten sich der Bahnhofskasse mit 820 000 Tschechen-Kronen, die für Lohn- und Gehaltsauszahlungen der Eisenbahngestellten bestimmt waren. Die Räuber entkamen im Auto über Oderberg nach Deutschland.

SPD. München, 29. April (Eig. Drahtb.)

Auf dem Flugplatz Schleissheim bei München verunglückte am Freitag-Mittag kurz nach 12 Uhr der bekannte Sportflieger Notz. Infolge Motorschadens stürzte seine Maschine aus 25 Meter Höhe ab, schlug auf eine Betonplatte auf, sodass Notz, der sich zuletzt im Italien- und im Europa-Rundflug ausgezeichnet hatte, herausgeschleudert wurde. Er blieb mit schweren Schädelverletzungen und einem Bruch der Wirbelsäule tot liegen.

SPD. Frankfurt/M., 29. April (Eig. Dr.)

Der Standartenführer der hessischen Nazis Döring ist wegen Spitzelverdacht vom Dienst "beurlaubt" worden. Der bisherige Gauleiter Lenz wurde durch die Reichsleitung der NSDAP gemassregelt. Ihm wird schlechte Führung nachgesagt. Er soll sich nicht wiederzugebende Schweinereien erlaubt haben, sodass die Chauffeure sich weigerten, ihn länger zu fahren. In seinem Auto soll er Orgien gefeiert haben. Das Utschla-Verfahren gegen Lenz ist bereits eingeleitet. Der ehemalige Standartenführer der Standarte 115 Darmstadt, ein Mark von Röder, wurde wegen Unterschlagung von 600 Mark aus der Nazi-Partei ausgeschlossen. Er soll ebenso wie der Gauleiter Lenz, sehr flott gelebt haben.

(Schluss des politischen Teils. - Auf Wiederhören

Sonnabend-Vormittag 7 Uhr auf Welle 2850)

SPD. London, 29. April (Eig.Drahtb.)

Die Konferenz der Liberalen in Clacton erklärte sich am Freitag für die Uebertragung der Kontrolle der Parteikasse und der Leitung der Wahlpropaganda an die nationalliberale Föderation, also an die eigentliche Parteibehörde. Die Führung war bisher im wesentlichen durch die parlamentarische Fraktion ausgeübt worden, die sich nach den Erfahrungen der letzten Monate völlig den konservativen Wünschen gefügt hat. Diese Satzungsänderung ist ein deutliches Anzeichen für das in liberalen Kreisen vorherrschende Gefühl, dass man von den Konservativen unter dem Firmenschild der Nationalregierung betrogen worden ist. Sir Herbert Samuel suchte am Freitag sein Verbleiben in der Nationalregierung zu rechtfertigen. Er brachte zum Ausdruck, dass er zurücktreten werde, sobald die nationale Notlage beendet sei.

SPD. Wien, 29. April (Eig.Drahtb.)

Der Hauptausschuss des österreichischen Nationalrats hat am Freitag mit den Stimmen der bürgerlichen Parteien gegen den Einspruch der Sozialdemokraten eine Verordnung beschlossen, die eine fast vollständige handelspolitische Absperrung Oesterreichs vom Ausland bedeutet. Für 66 der wichtigsten Waren wurden Einfuhrverbote erlassen. Unter den Waren, die nicht mehr oder nur noch mit ausdrücklicher Bewilligung nach Oesterreich eingeführt werden dürfen, befindet sich Zucker, Vieh und alle Viehprodukte, Butter und Margarine, Braunkohle, alle Baumwollgewebe, Strick- und Wirkwaren, Strümpfe, Papier, Gummi, Schuhwaren, Automobilbereifungen, alle Möbel, alle Radioapparate und Radiobestandteile, sämtliche Kraftfahrzeuge und Automobile und alle Elektromotoren.

Die Sozialdemokratie befürchtet, dass die neue Verordnung sich handelspolitisch höchst ungünstig auswirken und zu Repressalien der anderen Länder führen wird.

SPD. Stuttgart, 29. April (Eig.Drahtb.)

Das erweiterte Schöffengericht Stuttgart verurteilte fünf Nationalsozialisten wegen gemeinschaftlichen schwerer Körperverletzung zu Gefängnisstrafen zwischen 3 Monaten und 3 Wochen. Zwei Angeklagte sind schwer vorbestraft. Davon einer nicht weniger als sechzehnmal.

Im Juli vorigen Jahres kam es nach einem SA- und SS-Treffen in Pforzheim, in Vaihingen an der Enz zu einem schweren Zusammenstoß, der von den Angeklagten, die sich auf dem Heimweg von Pforzheim nach Stuttgart befanden, provoziert worden war. Mehrere Personen wurden von den Nazis blutig geschlagen und schwer misshandelt.

SPD. Kopenhagen, 29. April (Eig.Drahtb.)

Am Freitag abend sind 6000 Arbeiter der dänischen Schweineschlächtereien ausgesperrt worden. Die Aussperrung erfolgte, nachdem die Arbeiter die von den Arbeitgebern geforderte Herabsetzung der Löhne um 20 Prozent ablehnten.

SPD. Frankfurt a.M., 29. April (Eig.Drahtb.)

Die Frankfurter Staatsanwaltschaft hat gegen sechs Rüsselsheimer Kommunisten ein Verfahren wegen schweren Landfriedensbruchs eingeleitet.

Die Kommunisten werden beschuldigt, am Sonntag, dem 17. April einen planmäßigen Ueberfall auf Angehörige der Eisernen Front vorgenommen zu haben. Im Verlauf dieses Ueberfalls wurde ein Kommunist erstochen.

Tardieu und Hitler.

Von Rudolf Breitscheid

SPD. Der französische Ministerpräsident Tardieu führt seinen Wahlkampf in der Hauptsache gegen die Sozialisten. Das ist an sich begreiflich, denn die Sozialisten stellen sich der Aussenpolitik des gegenwärtigen Kabinetts in den Weg. Sie verurteilen namentlich Tardiens Haltung in der Abrüstungsfrage und sie kritisieren seine sture Verständnislosigkeit für die deutsche Not und ihre Ursachen. Ausserdem aber würde ein starker Wahlerfolg der Sozialisten seiner Ministerherrlichkeit ein Ende bereiten und die Linke ans Ruder bringen. Also Gründe genug für den eifernden Hass, mit dem der Wortführer der französischen Reaktion die Sozialisten verfolgt.

Aber Herr Tardieu beschränkt sich nicht darauf, seine Argumente in Frankreich zu suchen. Zum Beweise für die Gefährlichkeit seiner Gegner im eigenen Lande verweist er auf die Verbrechen ihrer Gesinnungsgenossen im Ausland. In der Rede, die er dieser Tage von seinem Unterstaatssekretär vor seinen Wählern in Belfort verlesen liess, heisst es, es gebe nicht einen einzigen Deutschen, der die Verantwortung der Sozialdemokratie bei der Ausbreitung der Beamtenwirtschaft, des Defizits und der Arbeitslosigkeit bestreiten möchte. Es gebe keinen Oesterreicher, der nicht Zeugnis für die zerstörende Wirkung der Sozialdemokratie ablegen würde, und keinen Engländer, der die Sozialisten nicht für den Ruin der Industrie, für den Sturz des Sterlingkurses und die Aufgabe des Goldstandarts verantwortlich mache.

Er ist zunächst ein Beweis für einen starken Mangel an politischem Taktgefühl, wenn der Chef einer Regierung sich in seinen Reden in solcher Weise in die inneren Angelegenheiten anderer Länder einmischt und Parteien angreift, mit deren Vertretern er nebenbei unter Umständen noch einmal wieder auf internationalen Konferenzen zusammenarbeiten muss, so wie er beispielsweise mit MacDonald verhandelt hat, als dieser noch Chef der britischen Labour Party war. Aber über Taktfragen wollen wir mit Tardieu nicht streiten, und ebenso lehnen wir es ab, ihm eine Speziallektion über das Wirken der sozialdemokratischen Parteien und besonders der deutschen Sozialdemokratie zu erteilen. Das hätte nur dann einen Sinn, wenn man bei ihm den guten Willen voraussetzen könnte, die deutschen Verhältnisse zu begreifen und sich über die Rolle, die die Sozialdemokratie tatsächlich gespielt hat, zu informieren. Diese Voraussetzungen sind nicht gegeben, denn Herr Tardieu bedient sich bewusst des verwerflichen Mittels einer unwahrhaftigen Demagogie. Das Bemerkenswerte ist nur, dass er seine Waffen der Rüstkammer der deutschen Nationalsozialisten entnimmt und diesen was ihm schon einmal unser Freund Grumbach in der französischen Kammer vorgeworfen hat, damit seine Unterstützung angedeihen lässt. Der französische Ministerpräsident Arm in Arm mit Herrn Hitler als Gegner des "Systems" und des "Marxismus" - ein erhebendes Bild!

Doch die Nationalsozialisten werden nicht nur gebraucht, um den französischen Nationalisten Waffen gegen die deutschen und französischen Sozialisten zu liefern, sie sind ihnen vielmehr insofern von Nutzen, als sie ihnen Argumente gegen eine Aenderung der französischen Aussenpolitik zur Verfügung stellen. Tardieu und die, die mit ihm auf derselben Linie marschieren, weisen auf den Wahlerfolg des Hitlertums in Preussen hin und ziehen daraus den Schluss, dass hier die neue grosse Gefahr für die Sicherheit Frankreichs in Erscheinung trete, die man mit allen Mitteln abzuwehren habe.

In der Tat haben es die Hakenkreuzler ja nicht an Bemühungen fehlen lassen, das Ausland und namentlich Frankreich glauben zu machen, dass sie, zur Macht gelangt, Verträge zerreißen würden, um auf dem Wege der Gewalt die in ihren Agitationsreden aufgestellten Ziele zu erreichen. Aber einmal sind sie noch nicht an der Macht und zum anderen könnte auch Herr Tardieu, der sich doch

scheinend so besonders eingehend mit deutschen Angelegenheiten beschäftigt, sehr wohl wissen, dass die drohenden Gesten der Nationalsozialisten immer wieder von sehr ernsthaften Versuchen begleitet sind, mit dem Ausland zu einer Verständigung zu gelangen.

Hitler redet nicht nur deutsch, sondern er spricht bei gebotener Gelegenheit auch amerikanisch und sogar französisch. Wenn er amerikanischen Journalisten Interviews gewährt, oder wenn er mit Gustave Hervé offene Briefe austauscht, so klingen seine Worte wesentlich anders als das, was er uns seine mehr oder weniger getreuen Unterführer in den Volksversammlungen von sich geben. Die Angriffe verwandeln sich dann in Anbiederungen. Es wird um Verständnis und Anerkennung geworben, und man geht den ausländischen Machthabern in einer Weise um den Bart, die bei einer anderen Partei zweifellos als Landesverrat ausgelegt werden würde. Es wird ein Doppelspiel getrieben. Aber niemand, der sich ernsthaft mit dem Wesen des Nationalsozialismus beschäftigt, kann darüber im Zweifel sein, dass er sein wahres Gesicht nicht vor den fürrollende Phrasen empfänglichen Spiessern, sondern bei den vertraulichen Unterhaltungen mit den Ausländern zeigt. Nicht die Franzosen, wohl aber die deutschen Arbeiter hätten von einer Hitlerregierung zu fürchten. Sie würde im schönen Verein mit Tardieu ihre Stosskraft gegen den Sozialismus richten.

Die beiden würden sich aufs Beste miteinander vertragen und deshalb ist es vom Standpunkt des französischen Ministerpräsidenten gesehen nicht nur undenkbar, sondern auch eine Unwahrhaftigkeit, wenn er so tut, als ob ihm der Triumph des Hakenkreuzlertums Schrecken einflösse. Im Grunde wird er Herrn Hitler dankbar sein, denn sein Erfolg verhilft ihm zu einem bequemen Vorwand gegen die Abkehr vom Wege aussenpolitischer Unvernunft und er stellt ihn ausserdem für die Zukunft einen wertvollen Bundesgenossen in dem internationalen Kampf gegen den Sozialismus und für die Aufrechterhaltung kapitalistischer Reaktion in Aussicht.

SPD. Paris, 29. April (Fig. Drahtb.)

Die Erklärungen Brünings vor der internationalen Presse in Genf werden von den nationalistischen Pariser Abendblättern, insbesondere mit Rücksicht auf die bevorstehende Kammerwahl scharf kritisiert.

Der "Temps" schreibt in einem Leitartikel, nach diesen Erklärungen müsse man es nicht zu sehr bedauern, dass die geplante Unterredung der fünf Ministerpräsidenten und Aussenminister nicht stattgefunden habe. Denn sie hätte zu keinem greifbaren Ergebnis in bezug auf die Annäherung der verschiedenen Abrüstungsthesen geführt. Ferner gebe es in den Erklärungen Brünings Dinge, die zu der Annahme berechtigten, dass der Reichskanzler die Erinnerung an die politische Geschichte der letzten Jahre verloren habe. Es habe ihm nicht genügt, den geistigen Zustand, der gegenwärtig in Deutschland herrscht, mit den durch die Wirtschaftskrise hervorgerufenen Leiden zu erklären. Er habe besonderes Gewicht auf zahlreiche Enttäuschungen gelegt, die Deutschland in der letzten Zeit auf dem Gebiet der allgemeinen Politik erfahren habe. Durch die Tatsachen sei aber offenkundig erwiesen, dass Deutschland nur Vorteile erlangt habe, Vorteile, wie sie kein an einem Kriege verantwortliches Volk, das nach vierjährigem abscheulichen Ringen und ständiger Verletzung der Menschenrechte unterlegen ist, jemals von dem Edelmut der Sieger erwarten konnte. In Wahrheit seien die Enttäuschungen für die Gläubiger Deutschlands, für die Opfer des Krieges und für die Opfer seiner Kredit- und Vergeltungspolitik gewesen. Alle Vorteile die ihm gewährt worden sind, habe Deutschland nicht anders als mit der nationalistischen Agitation und der Aufreizung durch die Nazis beantwortet, die in so gefährlicher Weise die Versöhnungs- und Friedenspolitik kompromittieren.

Aus aller Welt

Marseiller Banditen

Die Vorschule für Chikago - Im Alten Hafen.

SPD. Paris, Ende April (Fig. Ber.)

Wieder war ein Marseiller Bandenüberfall, dem mehrere Menschenleben zum Opfer fielen, zu verzeichnen. Es war bei weitem nicht der erste, es wird nicht der letzte gewesen sein. Bandenüberfälle sind in Marseille sozusagen an der Monatsordnung. Wer aber genauer zusieht, kann eine sonderbare Feststellung machen. Marseille hat gewiss seine eigne Unterwelt. Aber die Urheber von Kapitalverbrechen, die vor keinem Mord zurückschrecken, sind meistens zugereiste Ausländer, in der Mehrzahl Italiener. Nachdem ihnen in Italien der Boden zu heiss geworden ist, flüchten sie heimlich über die Grenze. Marseille ist das erste Ziel. In Marseille stehen sie danach, sich das nötige Geld zu verschaffen, um die Reise über den Ozean anzutreten. In Chikago oder in anderen amerikanischen Grosstädten bekommt dann die Polizei mit diesen Verbrechern, die in Marseille ihr Meisterstück abgelegt haben, von neuem zu tun. Viele der Banditen, die französischen Gerichten mit einem blauen Auge entronnen konnten, enden in Amerika auf dem elektrischen Stuhl.

Das internationale Verbrechertum unterliegt den gleichen Wanderungsbestrebungen wie jede harmlose Saisonarbeit. Den Verbrecher zieht es immer nach dort, wo die Beute verhältnismässig leicht und die Entdeckungsmöglichkeit besonders gering ist. Man kann es durch zahlreiche Beispiele belegen, dass die meisten amerikanischen "Gangsters", soweit sie italienischer Abstammung sind, den Weg über Marseille in die neue Welt angetreten haben. Die Vorbedingungen, sich in der Mittelmeerstadt der Verfolgung der Polizei zu entziehen, sind sehr günstig. Man hat einmal geschätzt, dass sich im Berliner Scheunenviertel mindestens zwanzigtausend Menschen unangemeldet aufhielten. In Frankreich gibt es nun Meldewesen überhaupt nicht. Nur der Ausländer ist gezwungen, sich polizeilich zu melden. Wer aber die Landessprache beherrscht, wie es die meisten Italiener tun, kann mit Leichtigkeit als Inländer auftreten und sich auf diese Weise der Anmeldung entziehen. Insgesamt dürften ungefähr 50 000 Menschen sich in Marseille vor der Polizei verborgen halten. Nicht alle davon sind Verbrecher, natürlich aber alle legen keinen Wert darauf, mit der Polizei Bekanntschaft zu machen.

Unter den Mitgliedern der Marseiller Unterwelt trifft man ausser Italienern Neger, Algerier, Chinesen, Russen und hin und wieder auch Deutsche. Die Polizei, die alle Gasthäuser und Schenken beobachtet, hat schwere Arbeit. Es gibt Kriminalbeamte, die Neger sind, oder Algerier und Chinesen. Aber es ist nicht immer fester Verlass auf sie. Die höheren Beamten sprechen sämtlich mehrere Sprachen. Kontrollbeamte aus Paris werden oft nach Marseille geschickt, um die dortige Polizei zu überwachen.

Nicht immer ging es in der Mittelmeerstadt mit rechten Dingen zu. Besonders in Angelegenheiten des Rauschgiftschmuggels hat man häufig eigenartige Feststellungen machen können. Eifrige Polizeibeamte hatten die Täter ermittelt. Trotzdem erfolgte keine Verhaftung, trotzdem liess man die Schmuggler entweichen; wahrscheinlich wohl, weil man nicht kompromittiert werden wollte: man darf nicht vergessen, dass der französische Staat selbst in seinen Kolonien Opium anbaut. Er will das Opium natürlich auch verkaufen. Jeder Marseiller Kriminalbeamte ist daher heilfroh, wenn er mit Opiumaffären nichts zu tun hat, weil er sich nicht die Hände verbrennen will.

Es ist selbstverständlich klar, dass in diesem Milieu das Verbrechertum besonders gedeihen muss. Da jederzeit die Möglichkeit besteht, sich auf einem Schiff in Sicherheit zu bringen, scheuen die Banditen vor keiner Gewalttat zurück. Es gibt in Marseille in der Nähe des Alten Hafens eine Reihe von Plätzen, die der Fremde des nachts besser nicht betritt: auffällige Häuser, dunkle Winkel, Herde allen sozialen Uebels. Schiffe aller Nationalitäten liegen nur hundert Meter entfernt. Die Hafenzentrale wird leicht überlistet und bemerkt oft gar nichts davon, wie der Mörder auf ein Schiff flieht, das dann am anderen Morgen den Hafen verlässt. Und der Kapitän selbst weiss nicht, dass einer der Neger oder Chinesen von der Schiffsmannschaft der gesuchte Täter ist....

-0-

+ + +

Uruk ausgegraben! Der Berliner Regierungsbaumeister Heinrich veröffentlicht die ersten Mitteilungen über die Ergebnisse der Warka-Expedition im Winter 1931/32. Die Warka-Expedition, an der Heinrich teilgenommen hat, legte im südlichen Mesopotamien einen Teil der Reste der bereits in der Bibel genannten Stadt Uruk, der Residenz des Königs Gilgamesch, bloss. Durch Anlegung eines vierundzwanzig Meter tiefen Schachtes ist es gelungen, die Spuren der ältesten Bewohner Uruks aufzudecken. Sie wohnten in Hütten, die im Euphratdelta auf einem Fundament von Schilfmatten errichtet waren. Die frühesten Tempelbauten wurden sechzehn Meter oberhalb dieser ersten Siedlung entdeckt: Gebäude mit Hallen und Säulen, Höfen und Terrassen, ein Teil der grossen farbigen Mosaikfassaden wird demnächst in Berlin eintreffen. Auch bildliche und abstrakte Schriftzeichen wurden gefunden: die erste Schrift, die wir überhaupt kennen. Man glaubt, dass diese Symbole und die Kultur, die sie repräsentieren, etwa sechs Jahrtausende alt sind. Da aber auch die weiteren Kulturschichten - bis zur Ruinenoberfläche achtzehn! - klar erhalten sind, besteht die Möglichkeit, die Geschichte der Stadt Uruk und damit ein ganzes Stück Menschheitsgeschichte restlos zu erforschen. Man glaubt heute schon behaupten zu können, dass die Grabungsarbeiten in Warka mindestens ebenso bedeutend sind wie die von Pergamon.

+ + +
Hotelbrand. In Schwaan (Mecklenburg) ist das Hotel "Deutsches Haus" durch Grossfeuer eingäschert worden.

+ + +
Raubüberfall. In Tschechisch-Teschen (Tschechisch-polnische Grenze) drangen am Freitag-Morgen mehrere Banditen in die Frachtkasse des Güterbahnhofs ein, verletzten den Kassenverwalter durch Dolchstösse und Revolver-schüsse, raubten aus der Kasse Lohngehälter in Höhe von 112 000 Mark und entkamen unerkannt.

+ + +
Siebzig Menschen ertrunken! Der japanische Dampfer "Kurenai Maru V" ist durch Zusammenstoss mit einem andern Schiff an der japanischen Küste gesunken. Siebzig Passagiere ertranken.

+ + +
Ermordung einer Schülerin. Ein in der Nähe von Rinteln (Weserbergland) verhafteter Gelegenheitsarbeiter gestand, die seit einigen Tagen verschwundene zehnjährige Lyzeumsschülerin Magdalene Hartmann aus Rinteln nach einem Sittlichkeitsverbrechen ermordet zu haben. Der Leichnam des Kindes wurde in einem Tannengebüsch aufgefunden.



Um die 40=Stundenwoche.

Die Verhandlungen mit dem Bergbau.

SPD. Am Freitag haben im Reichsarbeitsministerium die Sonderverhandlungen über die Arbeitszeitverkürzung im Bergbau stattgefunden. Sie brachten kein positives Ergebnis. Die gesamten Arbeitgeber für Steinkohle, Braunkohle und Erz wandten sich geschlossen gegen den Plan der Regierung, durch Verordnung die Vierzigstundenwoche im Bergbau einzuführen. Die Gründe, die sie für ihre Haltung angaben, sind dieselben, die man in den letzten Tagen wiederholt in der Presse der Grubenherren lesen konnte. Kein einziger neuer Gesichtspunkt wurde von den Vertretern der Arbeitgeber in den Verhandlungen in die Debatte geworfen.

Die Unnachgiebigkeit der Arbeitgeber überraschte die Gewerkschaften nicht. Das ging sehr deutlich aus ihrer Schilderung der ungeheuren Schwierigkeiten hervor, die ihnen seit Wochen und Monaten bei allen Besprechungen über die Einführung des Krümpersystems in allen Revieren: im Ruhrbergbau, in Oberschlesien, in Sachsen, im mitteldeutschen und rheinischen Braunkohlengebiet gemacht worden sind. Die Gewerkschaften sind durch das, was das Arbeitsministerium ihnen über seine Pläne für eine Verordnung zur Einführung der Vierzigstundenwoche mitteilte - ein Verordnungsentwurf wurde in den Verhandlungen nicht vorgelegt - keineswegs zufriedenstellt. Es sind zu viel Ausnahmen vorgesehen. Auch wären den Oberbergämtern zu viel Möglichkeiten zu einer Umgehung der Vierzigstundenwoche in die Hand gegeben, wenn das, was das Ministerium beabsichtigt, durchgeführt würde.

Mit dem negativen Ausgang der Besprechungen ist die Verordnung natürlich nicht verhindert. Das Ministerium wird weiter verhandeln. Sobald es mit seinen Arbeiten fertig ist, muss der Verordnungsentwurf zunächst noch im Kabinett und im Reichsrat beraten werden. Vom Reichsrat erwartet man eine Mehrheit für die Verordnung. Sie soll - so ist geplant - im Juli in Kraft treten.

Von einer schematischen Durchführung der Vierzigstundenwoche, wie sie in der Unternehmerpresse immer wieder als Teufel an die Wand gemalt wird, kann nach den Plänen des Ministeriums absolut keine Rede sein. Die Vierzigstundenwoche soll in verschiedener Form zur Durchführung kommen. Grundgedanke ist, dass sie für den einzelnen Arbeiter durchgeführt wird, d.h. man denkt sich die Regelung nicht etwa so, dass künftig jeder Arbeiter im Bergbau jede Woche nur genau 40 Stunden arbeiten darf. Es besteht zum Beispiel auch die Möglichkeit, dass 240 Stunden (6 mal 40) in fünf Wochen abgearbeitet werden, und der Arbeiter dann eine Woche frei hat. Das wäre also auch eine Art Krümpersystem. Auch die Sortenfrage dürfte durch geplante Neuregelung nicht auf unüberwindliche Schwierigkeiten stossen. Die Gewerkschaften haben in Besprechungen mit technischen Sachverständigen festgestellt, dass im Rahmen der in Aussicht genommenen Verordnung auch ein plötzlicher stärkerer Auftrag für bestimmte Sorten sehr wohl bewältigt werden kann.

SPD. Ueber den Lohnkonflikt der Gemeindearbeiter und Strassenbahner wurde am Freitag von neuem im Reichsfinanzministerium verhandelt. Den Parteien wurde für die Neuregelung des Lohns, nachdem zwischen dem Finanzministerium und dem Arbeitsministerium eine Verständigung über die weiteren Massnahmen in Bezug auf § 7, Absatz 4 der 2. Gehaltskürzungs-Notverordnung erfolgt ist, folgende Richtlinien übergeben:

Die Gehaltskürzungsverordnung muss grundsätzlich durchgeführt werden, jedoch soll als eine der Verordnung entsprechende Durchführung auch eine Regelung mit folgender Massgabe gelten: Einzelne Abweichungen von der Bestimmung des § 7, Absatz 4 der zweiten Gehaltskürzungsverordnung über die Angleichung der Stundenlohnbezüge der Arbeiter der Gemeinden und sonstigen Körperschaften des öffentlichen Rechts an die der Arbeiter im Reichsdienst einschliesslich des Dienstes bei der Reichspost können zwischen den Tarifparteien mit Zustimmung des Reichsfinanzministers vereinbart werden. Der Finanzminister wird seine Zustimmung erteilen, wenn die Abweichung lohnpolitisch unbedenklich erscheint und die finanzielle Auswirkung im ganzen nicht wesentlich vermindert wird, oder wenn die Abweichung zur Vermeidung aussergewöhnlicher Härten notwendig erscheint. In diesem Falle ist die Härte in der Regel durch Gewährung einer persönlichen Zulage für die bereits im Dienst befindlichen Arbeiter zu beseitigen, und diese Zulage ist so zu bemessen, dass der gegenwärtige Stundenlohnbezug nicht um mehr als 10 Prozent gesenkt wird.

Die Parteien haben, damit sie diese Richtlinien genau überprüfen können, zunächst vereinbart, dass alle am 30. April geltenden Lohnregelungen vorerst weiterlaufen und am 31. Mai des Jahres enden, ohne dass es einer Kündigung bedarf.

Der Gesamtverband wird die Reichstarifkommission sofort nach Berlin einberufen, damit sie im Laufe der nächsten Woche zu der neu geschaffenen Situation Stellung nehmen kann.

SPD. Der Manteltarifschiedsspruch für die westsächsische Textilindustrie ist vom Reichsarbeitsminister für verbindlich erklärt worden. Der Spruch war von beiden Parteien abgelehnt worden. Er stellt vor allem in der Urlaubsfrage eine wesentliche Verschlechterung der bisher gültigen Tarifbestimmungen dar; denn der Urlaubsanspruch wird von einer Beschäftigungszeit von mindestens vier Monaten zwischen dem 1. Oktober 1931 und dem 1. Werktag nach dem 1. Mai abhängig gemacht.

+

In der Württembergischen Textilindustrie finden zur Zeit Verhandlungen vor dem Schlichter über Manteltarif und Lohn statt.

SPD. Die Verhandlungen über den grossen Personalabbau der Reichsbahn sind am Freitag zu einem Abschluss gekommen. Der Entlassungsplan - um das gleichvorweg zu nehmen - ist unter dem Einfluss der Gewerkschaften sehr wesentlich abgemildert worden. Man verständigte sich dahin, dass die Frage der Arbeitszeit für die Betriebs- und Verkehrsarbeiter von der Arbeitszeitregelung der Werkstättenarbeiter abgetrennt wird. Die Gewerkschaften erklärten sich mit dieser Massnahme einverstanden, weil sie die Abbauverhandlungen als ganzes nicht zum Nachteil der Arbeiter scheitern lassen wollten. Für die Werkstätten erhielt die Reichsbahnauptverwaltung das Recht, in der Woche bis zu einer Feierschicht Arbeitszeitverkürzung eintreten zu lassen. Das bedeutet praktisch so viel wie die Einführung der Vierzigstundenwoche. Darüber hinaus hat sich die Reichsbahn die Möglichkeit vorbehalten, in einigen Werken noch Entlassun-

gen vorzunehmen. In den Bahnbetriebsstellen und auf den grösseren Güterböden dürften wie bisher im Morat bis zu drei Feierschichten verfahren werden.

Den Abbau restlos abzubiegen, war nach Lage der Dinge unmöglich. Immerhin ist es gelungen, dem grössten Teil der vom Abbau bedrohten Eisenbahnarbeiter ihre Arbeitsstelle zu retten.

SPD. Für den Harzbergbau ist ein Schiedsspruch gefällt worden, der die Urlaubsvergütung um 25 Prozent und den Ueberstundenzuschlag, der bisher für Sonntage 40 und für Feiertage 50 Prozent betrug, auf 25 Prozent senken will. Im Ruhrbergbau beginnen am 9. Mai die Manteltarifverhandlungen. In ihrem Mittelpunkt wird ebenfalls die Urlaubsfrage stehen. =

+

Kürzung des Urlaubsentgelts um 25 bis 30 Prozent - das ist allem Anschein nach, wie sich ja auch aus den Verhandlungen für das Buchdruckgewerbe ergibt, die allgemeine Richtlinie für die Schlichter. Das Herumschnippeln an den bereits mehr als armseligen Arbeitereinkommen wird also trotz aller Beteuerungen des Reichsarbeitsministers, dass mit dem Lohnabbau nun Schluss sei, munter fortgesetzt. Dem Arbeiter kann es doch schliesslich gleichgültig sein, ob sein Lohn direkt, d.h. durch Lohnverhandlungen oder indirekt bei der Neuregelung der Manteltarifbestimmungen gekürzt wird. Er stellt nur fest, dass er immer weniger verdient. Und das übrige besorgt dann der Nazi.

SPD. Chemnitz, 29. April (Eig. Drahtb.)

Der Arbeitgeberverband für das Chemnitzer Baugewerbe hat seinen Mitgliedern bindende Anweisung gegeben, am 30. April alle Bauarbeiter zu entlassen. Als Entlassungsgrund soll der Ablauf des Lohnvertrages angegeben werden. Die Arbeiter sollen nur noch zu Lohnsätzen beschäftigt werden, die die Unternehmer für angemessen und tragbar erachten. Wer am 2. Mai die Arbeit wieder aufnehmen wolle, müsse sich dem vom Unternehmer vorgeschlagenen Lohnsatz unterwerfen. Bei eventuell höherem Lohnsatz werde ein Ausgleich in Form einer Nachvergütung nicht gezahlt. Auch die Baudelegierten sollen entlassen werden. Nach Wiederaufnahme der Arbeit sollen Neuwahlen vorgenommen werden.

Der Zweck dieses Vorgehens der sächsischen Bau-Unternehmer ist, für die kommenden Tarifverhandlungen den Nachweis zu erbringen, dass die Arbeiter gern bereit seien, zu den diktierten Löhnen zu arbeiten.

SPD. Die Internationale Arbeitskonferenz hat am Freitag für Indien das Mindestalter für die Zulassung von Kindern in nichtindustriellen Berufen auf zehn Jahre festgesetzt, während für alle übrigen Länder das Mindestalter vierzehn Jahre beträgt. Mit 84 Stimmen wurde ohne Opposition der ganze Kinderschutzkonventionsentwurf angenommen.

+

Die Internationale Arbeitskonferenz wird von der organisierten Arbeiterschaft aus allen Teilen der Welt förmlich bestürmt, die Einberufung einer internationalen Sonderkonferenz zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit zu beschliessen. Gefordert wird vor allem die Durchführung der Vierzigstundenwoche und durchgreifende Arbeitsbeschaffung.

SPD. Für die Herrenkonfektion ist nach schwierigen Verhandlungen durch den vom Reichsarbeitsminister bestellten Schlichter ein Schiedsspruch gefällt worden. Er sieht folgendes vor: Der Reichstarifvertrag für die Herrenkonfektion wird mit Wirkung vom 1. Mai 1932 wieder in Kraft gesetzt. Seine Grundlage der Zeitberechnung für Akkordarbeit bleibt wohl erhalten, aber die neu eintretenden Änderungen, denen sich die Gewerkschaften auf das entschiedenste widersetzen, bedeuten materiell gegenüber den bisherigen tariflichen Bestimmungen eine - prozentual schwer zu errechnende - empfindliche Lohnverschlechterung.

Der Schiedsspruch sieht eine Erklärungsfrist bis zum 7. Mai vor. Um keine tariflose Zeit eintreten zu lassen, wurde eine Verlängerung des bisherigen Tarifvertrages bis zum 15. Mai vereinbart.

Der Schlichter hat sich zweifellos von den Vertretern des Arbeitgeberverbandes einreden lassen, dass diese neue tarifliche Regelung noch weit über der tatsächlich bestehenden Lohnhöhe liege. Wenn bei künftigen Tariferneuerungen bei den Schlichtungsbehörden es Brauch werden sollte, die unter dem Druck der wirtschaftlichen Uebermacht der Unternehmer erzwungenen Elendslöhne zur Grundlage von Tariflöhnen zu machen, dann darf man sich noch auf allerhand gefasst machen. -

Wohl in keinem Industriezweig hat der Lohndruck solchen Umfang angenommen, wie gerade in der Herrenkonfektion. Das vor Jahrzehnten sprichwörtliche Elend der Konfektionsarbeiterschaft hat eine Wiederauferstehung erfahren. Der letzte grosse Konfektionsarbeiterstreik 1921 zwang den Arbeitgeberverband zum Abschluss eines Reichstarifs auf der Grundlage eines Zeitschemas für Akkordarbeit. Aber erst nach dreijährigem Ringen zwischen den Vertragsparteien kam es 1924 zum Abschluss des Reichstarifvertrages. Der Vertrag war noch nicht unterzeichnet, da setzte bereits der Sturm der Unternehmer gegen ihn ein. Ihr Kampfziel war, die Grundlage der Zeitberechnung für Akkordarbeit zu beseitigen. Jetzt ist ihnen in der Krise ein Helfer erstanden. In der letzten Zeit wurden vielfach Löhne bezahlt, die noch unter dem Vorkriegselendslöhnen lagen. Und nicht genug damit: die Unternehmer glaubten jetzt den Zeitpunkt für gekommen, mit dem Ablauf des von ihnen zum 30. April gekündigten Reichstarifvertrages das unter dem Druck der Not geschaffene Lohnelend tariflich zu stabilisieren. Sie fordern kurz und bündig Beseitigung der bisherigen Vertragsgrundlage, Einführung von Stücklöhnen für zwei statt bisher sechs Serien, wobei die zweite Serie auf den Lohnstand der Vorkriegszeit gekommen wäre, ferner Verschlechterung der Löhne für Zeitlohnarbeiter und Zuschneider, Kürzung des Urlaubsanspruchs usw. Und all diese Forderungen wurden gestellt unter der Drohung, der Arbeitgeberverband werde sich, wenn man ihm nicht seinen Willen tue, auflösen und dadurch auch noch den Schlichtungsbehörden die Schaffung eines Zwangstarifs unmöglich machen.

SPD. Die Nachverhandlungen im Buchdruckereikonflikt sind ergebnislos verlaufen. Die Unternehmer blieben unnachgiebig. Sie verlangen Verbindlichkeitserklärung des Abbauschiedsspruchs für den Manteltarif, dessen stärkstes Stück die Senkung des Urlaubslohns um 30 Prozent darstellt.

Bis zur Entscheidung des Reichsarbeitsministers hat der bisherige Tarifvertrag in arbeitsrechtlicher Nachwirkung unverändert Gültigkeit für jeden einzelnen Arbeitsvertrag. Das gleiche gilt auch für den zum 30. April gekündigten Lohnstarif. Ueber seine Neuregelung beginnen am Sonnabend die Verhandlungen.



Schieles Agrarprogramm.

(Politik ohne Kaufkraft ist schlechte Politik.)

SPD. Der Reichslandwirtschaftsminister Schiele hat Gelegenheit genommen, die Öffentlichkeit darüber zu unterrichten, wie er seine Agrarpolitik in Zukunft gestalten will. Schiele beruft sich darauf, dass es bei den Ackerprodukten (Getreide usw.) gelungen sei, ein tragbares Verhältnis zwischen Produktionskosten und Erzeugerpreisen zu sichern. Auch in der Fleischwirtschaft (wo man ja schon im kommenden Herbst mit höheren Preisen rechnet) sei die Lage trotz unerhörten Preistiefstandes nicht hoffnungslos. Durch Einschränkung der Viehbestände würden die Preise in absehbarer Zeit wieder steigen. Bei den Erzeugnissen der Molkerei-, der Geflügel- und der Gartenwirtschaft lägen aber die Ursachen der niedrigen Preise in der unbefriedigenden handelspolitischen Situation. Deshalb sei ein starker Schutz der Veredelungswirtschaft erforderlich. Es wäre unerträglich, wenn die Industrie, nur um ihre Exportinteressen zu wahren, z.B. eine Senkung des Butterzolls wünscht.

Schiele prägt zum Schluss den Satz, dass Agrarpolitik Sache der gesamten Nation, des ganzen Volkes sein müsse. Dieser Erkenntnis können wir zustimmen. Es gibt in Wirklichkeit keinen Gegensatz zwischen Stadt und Land. Dem Land kann es nur gut gehen, wenn es den Städtern gut geht und umgekehrt. Wie sieht aber unsere, vom Reichsernährungsminister Schiele geleitete Agrarpolitik in Wirklichkeit aus? Die von Schiele getriebene Agrarpolitik ist nicht Politik für die gesamte Nation. Sie ist auf die Interessen der ostdeutschen Landwirtschaft abgestellt und da in erster Linie auf die Interessen der Grossgrundbesitzer. Schiele macht Agrarpolitik unter Druck politischer Gruppen. In der Schieleschen Politik wirkt sich das Anwachsen der nationalsozialistischen Bewegung und der rechtsradikalen Einstellung in den landwirtschaftlichen Organisationen unheilvoll aus. Zum Schaden des kleinen Landwirts.

So kommt es, dass der Reichsernährungsminister alles mit Zöllen machen will. Jetzt ist er bei der Veredelungswirtschaft angelangt. Schiele ist der Auffassung, dass wir in Deutschland $3\frac{1}{2}$ Millionen Arbeitslose haben, weil der Binnenmarkt versagt, d.h. weil die Landwirtschaft nicht kaufen kann, weil sie nicht genügende Preise für ihre Produkte bekommt.

Die von Schiele gemachten Angaben wollen wir nicht weiter analysieren. Es kommt auch wohl darauf an, ob die Vorschläge Schieles, durch höhere Zölle die Arbeitslosigkeit zu bekämpfen, Aussicht auf Erfolg haben. Gut, der Reichsernährungsminister erhöht z.B. den Zoll für Eier. Das ist, wie sich auf anderen Gebieten gezeigt hat, kein unbedingt wirksames Mittel, die deutschen Preise zu steigern. Aber selbst, wenn man die deutschen Preise durch Zölle steigert, heisst das noch immer nicht, dass der Landwirt seine Produkte verkaufen kann. Je höher die Preise liegen, desto weniger Möglichkeit ist vorhanden, dass die Arbeiter in den Städten Butter, Eier und Gartenprodukte kaufen und verbrauchen können.

Mit den Zöllen allein ist es also nicht getan. Ausschlaggebend ist die Absatzmöglichkeit. Zölle allein sind ein Messer ohne Klinge, ein Gewehr, mit dem man nicht schießen kann. Die Lage der Landwirtschaft kann unmöglich durch Preissteigerung gebessert werden, die man mit Hilfe von Zollerhöhungen und Produktionseinschränkungen erzwingt. Der Hebel muss vielmehr bei der

Kaufkraft der Verbraucher, also in erster Linie bei den industriellen Arbeitern angesetzt werden. Verdient der Arbeiter gut, dann kann er dem Bauer auch gute Preise zahlen. Verdient der Arbeiter schlecht, dann kann er dem Bauer nicht abkaufen.

Eine Besserung auf den Arbeitsmärkten und eine Erhöhung der Kaufkraft bei den Industriearbeitern wird aber nur dann eintreten, wenn man keine engstirnige Aussenpolitik treibt und die Aussenhandelsbeziehungen pflegt und fördert. Die Agrarpolitik, die kurzsichtig nur Erhöhung der Preise anstrebt und darüber die Kaufkraft der Verbraucher vergisst, ist schlechte Agrarpolitik.

SPD. Die Reichsforschungsstelle für landwirtschaftliches Marktwesen, der der sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Dr. Bade vorsteht, gibt einen Ueberblick über die Brotpreissenkung während der letzten Monate.

Der Schwerpunkt der ganzen Aktion liegt wohl in der Tatsache, dass trotz einer immerhin beträchtlichen Steigerung der Getreidepreise sich der Brotpreis rückläufig entwickelte. Das vollzog sich zu Lasten der Verdienstspanne. Nach Auffassung der Reichsforschungsstelle "hat die Preisabbauaktion beim Brot einen gewissen Abschluss gefunden. Der von der üblichen Saisonbewegung der Getreidepreise drohende Auftrieb der Brotpreise ist durch die planmässige Abgabe von Russenroggen aufgefangen worden. Die Brotpreise sind dadurch, von einzelnen Ausnahmen abgesehen, auf dem Stand der Preisabbauaktion stabilisiert worden."

Im gesamtdutschen Durchschnitt ergibt sich für den Monat März 1932 gegenüber dem Durchschnitt der Monate November und Dezember 1931 - soweit hier die Preise noch nicht gesenkt waren - eine Senkung des durchschnittlichen Brotpreises von 38,9 Pfennig auf 36,6 Pfennig je Kilogramm. Das sind 6 Prozent. Die durchschnittliche Bruttoverdienstspanne beim Brot senkte sich von 14,9 auf 12,7 Pfennige je Kilogramm = 15 Prozent. Der durchschnittliche Weizenkleingebäckpreis ging von 84,6 Pfennig auf 81,8 Pfennig herunter = 3 Prozent, die durchschnittliche Bruttoverdienstspanne beim Weizenkleingebäck von 48,5 auf 44,1 = 9 Prozent.

Das ist ein Erfolg, der sich immerhin sehen lassen kann. Allerdings müssen wir feststellen, dass die Senkung des Brotpreises dem Verdienstaustausch nicht entspricht.

Grosse Bedeutung hat die Senkung der Bruttoverdienstspanne. Die Senkung macht eine jährliche Einsparung an Verarbeitungs- und Verteilungskosten in Höhe von 80 Millionen Mark beim Roggen- und Mischbrot und in Höhe von 30 Millionen Mark beim Weizengebäck aus. Durch die Preissenkungsaktion im Winter 1930/31 waren beim Brot bereits 110 Millionen jährlich an den Zwischenspannen eingespart. Insgesamt ist demnach seit dem Herbst 1930 durch die Preissenkungsaktion eine jährliche Einsparung an Zwischenspannen beim Brot von 190 Millionen Mark und beim Weizengebäck von 30 Millionen Mark, zusammen also 220 Millionen Mark herbeigeführt worden. Von diesen 220 Millionen Mark ist etwa die Hälfte den Konsumenten in Form niedrigerer Brot- und Gebäckpreise und die andere Hälfte den Erzeugern, also den Landwirten, in Form höherer Kornpreise zugute gekommen.

Der Gedanke, durch Verringerung der übersteigerten und überhöhten Verdienstspanne das Brot zu verbilligen, also auch den Absatz an Getreide zu steigern, und den Landwirten solche Getreidepreise zu sichern, die eine Fortführung der Betriebe ermöglichen, entspricht der sozialdemokratischen Getreidepolitik. Viel verlästert und viel verleumdet kann die Sozialdemokratie mit den ersten Auswirkungen dieser Politik einen grossen Erfolg buchen. Die deutschen Getreidepreise sind vor den Preiskatastrophen auf den Weltmärkten bewahrt worden. Die deutsche Landwirtschaft hat, wenn der Schuh natürlich auch sie drückt die Krise weit besser überstanden als ihre Standesgenossen in anderen Ländern.

Nicht zuletzt mit Hilfe der viel gelästerten sozialdemokratischen Agrarpolitik. Andererseits hat die Behauptung der Getreidepreise auf einem Stand, der die Fortführung der landwirtschaftlichen Betriebe ermöglicht, den Brotpreis nicht gesteigert. Das liegt sowohl im Interesse der Konsumenten als auch der Erzeuger. Der Konsument braucht das in Deutschland durchgeführte Experiment nicht mit höheren Brotpreisen zu bezahlen. Die Landwirtschaft ist vor einer Drosselung des Getreideabsatzes bewahrt worden, die eine Brotpreissteigerung ohne Zweifel nach sich gezogen hätte.

SPD. Die Wareneinfuhr nach Deutschland ging im ersten Vierteljahr 1932, verglichen mit dem letzten Vierteljahr 1931, um rund 214 Millionen Mark auf 1 244 Millionen Mark zurück. Davon entfallen auf europäische Länder 192 Millionen Mark. England konnte weniger Steinkohlen und Textilien, Amerika weniger Benzin, Frankreich weniger Fertigwaren, Russland weniger Holz und Holland, Dänemark und Polen weniger Lebensmittel nach Deutschland einführen. Dagegen ist die Einfuhr von Wolle aus Australien und Baumwolle aus Ägypten gestiegen. Die deutsche Warenausfuhr ging in der angegebenen Zeit um 760 Millionen Mark auf 1 606 Millionen Mark zurück. Auch hier entfällt der Rückgang hauptsächlich auf europäische Länder. In der deutschen Ausfuhr werden in erster Linie Fertigwaren betroffen.

Unter den Ursachen, die die deutsche Ausfuhr besonders hemmen, scheint die Entwertung der Valuta eine hervorragende Bedeutung zuzukommen. Teilt man die Länder in zwei Gruppen und zwar diejenigen mit entwerteter Valuta einerseits, die übrigen andererseits, so ergibt sich: bei den 19 Ländern mit entwerteter Valuta (ohne Grossbritannien) betrug der durchschnittliche Rückgang im ersten Vierteljahr 1932 gegen das Vorvierteljahr 34,2 Prozent, bei den übrigen Ländern (ohne Grossbritannien und UdSSR) dagegen nur 26,7 Prozent. Bei Grossbritannien belief sich der Rückgang auf 55,1 Prozent. Dabei muss allerdings berücksichtigt werden, dass im vierten Vierteljahr 1931 die Ausfuhr dorthin ungewöhnlich hoch war (Voreindeckung wegen bevorstehender Einführung des allgemeinen Wertzolles). Aber auch bei den anderen Ländern mit entwerteter Valuta ist der Rückgang der Ausfuhr stark überdurchschnittlich, so bei Finnland (54,0 Prozent), Schweden (44,5 Prozent), Dänemark (44,5 Prozent).

SPD. Die Studiengesellschaft für Geld- und Kreditwirtschaft veranstaltete am Freitag abend im Herrenhaus in Berlin eine Aussprache über die Finanzierung von Arbeitsbeschaffungsprogrammen. Die Redner, die am Freitag zu Wort kamen, wussten schon Mittel und Wege für eine solche Finanzierung zu zeigen. Voraussetzung aber war bei allender Forderung nach einer politischen Entspannung. Nur wenn diese Entspannung schon im Laufe des Sommers eintrete, können Arbeitsbeschaffungsprogramme in Angriff genommen werden. Die Reichsregierung tut gut, hier anzuknüpfen. Hält die Bürgerkriegsstimmung und die politische Unsicherheit weiter an, dann ist wohl ziemlich sicher, dass wir mit den verschiedenen Arbeitsprojekten keinen Zentimeter vorwärts kommen.

Der Leiter der dem Reich gehörenden Bau- und Bodenbank Dr. Wildermuth wies auf die Auflage einer besonderen Anleihe bzw. auf die von verschiedenen Seiten geforderte kurzfristige Kreditausweitung, die letzten Endes auf die Reichsbank zurückfällt, hin. Man denkt hier an Beträge von 1 bis 2 Milliarden Mark. Wildermuth betonte, dass ein solches Programm nur einen Sinn im Rahmen der gesamten Wirtschaftspolitik haben könne. Wenn unter Voraussetzung einer Erleichterung der internationalen Lage ein Arbeitsbeschaffungsprogramm in der Grössenordnung von 1 bis 2 Milliarden Mark zur Durchführung komme, werde davon ein starker Impuls für den Aufstieg der Volkswirtschaft ausgehen. Trete die politische Entspannung jedoch nicht ein, dann sei Deutschland vor

völlig veränderte Aufgaben gestellt, dann könne man schwerwiegenden Entscheidungen über das deutsche Geld- und Kreditwesen nicht mehr ausweichen.

Der zweite Redner war Direktor Fischer von der Reichskreditanstalt, der auf die Möglichkeiten einging, den Strassenbau für die Arbeitsbeschaffung heranzuziehen. Statt 350 Millionen Mark, die vielleicht in diesem Jahre für die Unterhaltung und den Ausbau der Strassen zur Verfügung ständen, seien mindestens 650 Millionen Mark notwendig. Es liesse sich eine Forvierung der Bautätigkeit während der Krise verantworten. Von der Bausumme würden bei Aufnahme der Arbeiten 42 Prozent als Arbeitslosenunterstützungen gespart, bezw. in Sozialversicherungsbeiträgen und Frachten von der öffentlichen Hand zusätzlich eingenommen, sodass nur 58 Prozent der Bausumme wirklich neu beschafft werden müssten. Da an Auslands- und Inlandsanleihen nicht zu denken sei, wäre es die beste Lösung, die Gläubiger der kurzfristigen Auslandskredite, die ohnehin eingefroren sind, zur Anlage in langfristigen Papieren zu bewegen. Den Plänen, die Reichsbank zur Zwischenfinanzierung heranzuziehen, glaubte der Redner ablehnend gegenüber stehen zu müssen.

Als letzter Redner sprach General Faupel, Vorsitzender des Volksbundes für Arbeitsdienst. Nach ihm habe sich der freiwillige Arbeitsdienst über all dort bewährt, wo den Löhnen eine entscheidende Bedeutung an den Gesamtkosten zukomme. (Meliorationen usw.) Der freiwillige Arbeitsdienst sei auch billiger als die Notstandsarbeit. Im übrigen forderte Faupel die Ueberführung der freiwilligen Arbeitsdienstpflicht in die Arbeitsdienstpflicht, in der Art, dass die Arbeitsdienstpflicht die Jugendlichen von 21 Jahren für ein Jahr erfasse.

Die einzelnen Behauptungen Faupels, was nun wirklich billiger ist, die freiwillige Arbeitsdienstpflicht oder die Dienstpflicht, bedürfen selbstverständlich einer genauen Untersuchung. Schliesslich ist freiwillige Arbeitsdienstpflicht ebenso Kommiss wie die von Faupel geforderte Dienstpflicht. Kommiss ist aber immer noch eine teure Angelegenheit gewesen. Kommiss scheint das beste Ziel der Faupel'schen Pläne zu sein. Das Arbeitsbeschaffungsprogramm kann mit seinen ungeheuren Kosten jedoch niemals den Zweck haben, Beschäftigung von Arbeitslosen vorzutäuschen, sondern muss darauf abgestellt sein, den Arbeitslosen wirklich Beschäftigung zu-sichern. Damit wird auch die Wirtschaftlichkeit der einzelnen Projekte gesichert.

SPD. Das Reichsernährungsministerium hat am Freitag den Weizen Zoll für die Zeit bis Ende Juni 1932 von 250 Mark auf 180 Mark pro Tonne runtergesetzt. Diese Zollermässigung bezieht sich auf 15 Prozent der Gesamtvermahlung der in Frage kommenden Mühlen in der Zeit vom 1. April bis 30. Juni 1932. Man muss abwarten, ob diese Zollbegünstigung und die Rinfuhrmengen genügen, um die immer unangenehmer in Erscheinung tretende Weizenhaussse zu stoppen.

SPD. Die Mineralöleinfuhr nach Deutschland ist im ersten Vierteljahr 1932 auf rund 476 000 Tonnen zurückgegangen gegenüber 630 000 Tonnen in derselben Zeit des Vorjahres. Der Einfuhrwert fiel von 70,06 Millionen Mark auf 27,89 Mill. Mark. Die Benzineinfuhr verringerte sich von 279 000 Tonnen auf 182 000 Tonnen und die Schmieröleinfuhr von 100 000 Tonnen auf 79 000 Tonnen. Dagegen steigerte sich der Rohölimport von 47 000 Tonnen auf 55 000 Tonnen. Von dem Importrückgang sind die Vereinigten Staaten stark betroffen worden. (Rückgang von 126 000 Tonnen auf 51 000 Tonnen). Auch die rumänische Einfuhr ist stark gefallen (von 29 500 auf 7 700 Tonnen). Die Einfuhr aus Russland hat auch mit rund 60 000 Tonnen gehalten.

Umsätze klein.

(Berliner Getreidebörse vom 29. April.)

SPD. Die Berliner Produktenbörse verkehrte am Freitag zwar in stetiger Haltung; jedoch war die Geschäftstätigkeit wieder sehr eingeschränkt. Das Angebot an Weizen ist etwas reichlicher geworden, ohne jedoch zu grossen Ausmass anzunehmen. Das vorhandene Material fand bei den Mühlen zu unveränderten Preisen Aufnahme. Am Roggenmarkt herrschte dagegen grösste Zurückhaltung. Auch hier hat das Inlandsangebot zugenommen. Besonders ist Kahnware sehr reichlich vorhanden, die sich jedoch kaum unterbringen lässt. Hier wurden die Preise gleichfalls unverändert notiert. Am Markte der Zeitgeschäfte zeigten sich keine Preisveränderungen, soweit dort überhaupt Umsätze zustande kamen. Der Mehlmarkt blieb vollkommen lustlos. Die Käufer halten sich sehr zurück, jedoch zeigen auch die Mühlen keinerlei Neigung zu Entgegenkommen. Hafer war gleichfalls schwächer veranlagt. Zwar ist das Angebot nicht so gross, aber der Konsum versagt vollkommen. Der Preis ist um eine Mark niedriger notiert.

	28. April	29. April
	(ab märkische Station in Mark)	
Weizen	267 - 269	267 - 269
Roggen	198 - 200	198 - 200
Braugerste	189 - 194	189 - 194
Futter- und Industrierogste	179 - 189	179 - 188
Hafer	162 - 167	161 - 166
Weizenmehl	32,25 - 36,00	32,25 - 36,00
Roggenmehl	25,90 - 27,65	25,90 - 27,65
Weizenkleie	11,75 - 12,00	11,75 - 12,00
Roggenkleie	10,00 - 10,35	10,00 - 10,35

Handelsrechtliche Lieferungsgeschäfte: Weizen Mai 277 - 277½ (Vortag 277), Juli 280½-281 (280½), September 226 (226), Roggen Mai 195½-195¼ (195½) September 185 (185), Hafer Mai 170-170¼ (171¼), Juli 176¼

Berliner Viehmarkt.

(29. April)

SPD. Trotz genügenden Auftriebs konnten sich die Schweinepreise halten. Der Handel verlief durchweg glatt. Dagegen gab es einen starken Preiseinbruch auf dem Kälbermarkt. Nicht betroffen wurden davon beste und mittlere Mast- und Saugkälber, die die letzten Notierungen behaupten konnten. Weniger scharf waren die Preisabflachungen am Hammelmarkt.

Notierungen: Schweine: a) (über 300 Pfd.) - (-), b) (240-300 Pfd.) 37-38 (37-38), c) (200-240 Pfd.) 36-37 (36-38), d) (160-200 Pfd.) 34-35 (34-36), e) (120-160 Pfd.) 32-33 (30-33), Sauen 33-35 (33-35). Schafe: b) 33-35 (35-36), c) 30-33 (31-35), d) 20-28 (23-30). Kälber: b) 45-54 (50-58), c) 27-43 (30-48), d) 18-25 (18-25). Kühe: a) 24-27 (24-26), b) 20-23 (20-23) c) 16-18 (16-18), d) 12-14 (12-14).

Kunst und Wissen

UNTERHALTUNGSBEILAGE DES S.P.D

Berlin, den 29. April 1932.

Der Gamsbock.^x

SPD. An einem der prominenten Plätze in den Bayerischen Alpen steht das Hotel Huber. Das Haus ist mit Kurgästen und Durchgangsreisenden vollgestopft bis unters Dach. Das ist eine schier rätselhafte Ausnahme, denn man wird sich kaum entsinnen können, dass die berühmtesten und imposantesten Gegenden des Allgäus jemals so wenig besucht gewesen sind wie im letzten Jahre.

Mein Freund Paul aus Berlin und ich wohnen nun schon einige Zeit beim dicken Huberwirt. An sich ist der Huber ein sehr lieber Mensch. Er hat nur eine Schwäche: die Prahlerei. Kürzlich, nach dem Abendessen, als man bei seinem Lieblingsthema, der Jägerei, angelangt war, zogen ihn die Gäste wieder auf. Unser Wirt aber verstand sich aufs Draufgehen.

"Dös ko sein, wos will," behauptete er, "i treiff's olle. An Spetz mit a Vogelschleuder, a ganz eifache, auf zweihundert, an Fuchs, an lumpig'n, auf zweitausend Meter. Un wos a so a lausiger Gamsbock is, den treiff i auf dreitausend als wie a gornix. Habt's dös kampiert?"

"So siehste grade aus, Mensch," meckerte mein Freund Paul. "Weesste, ick bin nämlich aus Berlin. Mir kannste sone Dinger nich erzählen. Da rasier ick mir eher mit 'ner Müllschippe, eh du 'n Bock ooch nur uff fünfhundert schiesst

Der Huber zog ein Gesicht. Er rang sichtlich mit sich. Endlich sagte er: "Willst wetten, du Preissnsepp, du trauriger?"

"Wetten? Um hundert Mark, Jungchen. Und meine Olle soll'ste ooch noch dazu haben." - Sie wetteten aber vorsichtshalber nur um eine Mark.

Am andern Morgen kam der kleine Huberfranzl, von seines Vaters Jagd-enthusiasmus anscheinend schon angesteckt, mit der Mitteilung hereingestürzt, er habe einen Gamsbock gesichtet. Wir begaben uns ins Freie und sahen auch richtig das Tier ganz oben in den Bergen am Ende eines zerklüfteten Steilhanges stehen. Ganz still stand es da, und wir sahen durchs Glas, wie es aufmerksam zu uns herablugte. Der Huber lief nach seinem Gewehr. Gleich darauf fiel der Schuss.

Der Bock rührte sich nicht im geringsten.

"Hahahaha! - Hihi!" machte mein Freund Paul. Da drückte der Wirt noch einmal ab. Auch diesmal traf er nicht.

"Jestatte mal, Huber," sagte Paul jetzt, "noch nich schiessen! Moment! Will nur mal schnell ganz hinten im Halse ziemlich kräftig lachen. Die Mark kannste ooch gleich rausrücken. - - Danke!"

Nun muss man nicht etwa denken, dass der dicke Huber durch diesen Misserfolg gescheiter geworden wäre. Im Gegenteil, er wettete in den folgenden Tagen mit fünf anderen Gästen abermals um je eine Mark, dass er imstande sei, Steinhadler, Gamsen und anderes Getier auf beliebige Entfernungen abschiessen zu können. Allerdings verlor er in allen fünf Fällen. Und er hat, wie ich mir habe sagen lassen, durch seine unsinnige und anscheinend unheilbare Prahlerei im Laufe der Jahre bereits Tausende verwettet.

Freilich bekam ich ein ganz andres Bild von der Sache, als ich eines Abends zufällig ein Gespräch des dicken Huber mit seinem Knechte belauschte. "Xaver," sagte da der Wirt ganz geschäftsmässig, "glei schreibst nach Berlin an die Pelzfirma, se solln sofort noch zwei von dene ausgestopfte Gamsböck schicken. Wann s' do sein, stellst s' glei auf, un den, wo no fei obn steht,

tuast murgn in da Fruah an 'n andern Blatz stella. Es kummet wiadr a Schub von denen damische Preissn, wo olle bei mir a Mark verdiene wolln."

Wie gesagt, das Hotel Huber ist mit Gästen vollgepfropft. Man wohnt dort zwar um eine Mark teurer als in andern Häusern, aber den meisten Gästen gelingt es ja, dem dummen Wirt eine Mark im Verlauf einer Wette wieder abzuknöpfen.

Werner Lobbenberg.

Philosophie über Rädern.*

SPD. Man steigt ein, isst, liest, unterhält sich, sieht sich die Landschaft an, schläft und steigt wieder aus. Damit wäre die Tätigkeit des Reisenden erschöpft. Je nachdem, wer im Abteil den Vorzug hat, unser Nachbar zu sein und wie diese Nachbarn sich betragen, ist dann die Reise angenehm oder unangenehm.

Der Zug fährt. Er wird nicht gefahren, sondern er fährt einfach. Er fährt durch Wälder, über Felder, an Seen vorbei, rollt über Brücken und knattert durch Weichen und Kreuzungen. Er fährt. Das ist die Auffassung des Reisenden, der, in eine Ecke geklemmt, wartet, bis die Zeit um ist, bis ein Stationsname erscheint, der ihn aus seiner Passivität erlöst. Ihn interessieren wenige Dinge, höchstens, dass das Abteil, in dem er gerade hockt, nicht zu voll wird, dass man nicht raucht, wenn ein Schild "Nichtraucher" verkündet, dass der Zug pünktlich ankommt ... alles andere versinkt im Geräusch der Räder. Schliesslich steigt er also aus und gibt seine Fahrkarte ab. Der Zug hat seine Schuldigkeit getan; der Zug kann stehn.

Das muss alles so sein. Man verlässt sich wie ein kleines Kind auf die Andern. Jede Aktivität hört auf. Man wird vollständig Fatalist und erkennt nur noch die uniformierten Götter an. Zunächst der Schaffner. Seine Auskunft ist sicherste Basis; sein Wort gilt; seine missbilligenden Äusserungen über im Gange stehendes Gepäck verursachen Minderwertigkeitsgefühle. Wenn er kontrollieren kommt, greifen alle ruckartig nach der Fahrkarte, halten sie hin, wie die Dreizehnjährigen dem Lehrer ihre Aufsatzhefte, und sehen erwartungsvoll in seine Augen, ob er auch nichts zu bemängeln hat. Macht es der Dienstblick, die Uniform? Jedenfalls fallen die Leute erlöst wieder in ihre Sitze, wenn er mit "Danke" die Karten zurückgibt. Vertrauen geniesst der Mann! Grenzenlos! Er könnte eine G.m.b.H. mit den unsichersten Einlagen gründen; es müsste ihm glücken. So aber geht er weiter ins nächste Abteil, den Wagen durch, den zweiten, dritten; er steigt auf den Stationen aus, läuft am Zug entlang, und nach einer halben Stunde kennt man ihn schon, unterscheidet ihn von den anderen Schaffnern als "unsern Schaffner". Ich studiere sein Gesicht: verheiratet, zwei bis drei Kinder, hoffentlich nicht vier, mageres Gehalt; man fragt ihn etwas und merkt am Dialekt, dass er aus Schlesien stammt. Fast interessieren einen schon Ort und Umgebung, etwa sein Heim, so mit kleinem Hühnerstall und Garten zwischen roten Eisenbahnhäusern.

Ich sehe ihn später mit einem Kollegen und der Dienstfrau im Sonderabteil sitzen. Sie essen. Das Beamtete ist abgefallen. Durch die Schiebetür höre ich nicht, was sie sich erzählen, aber ich weiss, es werden kleine Sorgen und Nöte sein, die sie sich mitteilen. Dann steht er auf, die Tür öffnet sich, der Dienst spannt ihn weiter ein: Unsern Schaffner. Er liest aus Fahrplänen vor, gibt Ratschläge und steht wieder knietief im jähen Vertrauen derer, die sich fragend an das Gesicht über der sauberen blauen Uniform klammern. Aber wenn alle diese Frager ausgestiegen sind, so ist er für sie vergessen, augenblicklich vergessen. Doch ich werde mir ihn ein klein wenig länger behalten; vielleicht frage ich nachher, wenn er Zeit nach, noch nach dem oder jenem. Nicht aus Neugierde.

So pendeln Tausende solcher Schaffner zwischen Berlin und München, Dresden und Chemnitz, Köln und Hamburg, Singen und Erfurt. Sie heissen nicht Müller oder Neugebauer oder Rathmann; sie heissen einfach Schaffner. Der Reisende sieht sie ohne ihre menschliche Plastik, bemerkt nur die zweidimensionale Uniform. Er hat bezahlt: die Fahrt, die Auskunft, alles zwischen Halle und Nürnberg, was diesen Zug betrifft, in dem er sitzt, den Zug, der nicht gefahren wird, sondern, wie er glaubt, fährt.

Mich aber interessiert zum Schluss wer mich eigentlich die 100 oder 200 Kilometer weitergeschleppt hat. Ich will wissen, wie der Mann aussieht, der das bewerkstelligte. Ich habe mich ihm doch anvertraut, mehr noch: ausgeliefert. Endstation. Alles aussteigen! Einen Meter vom Prellbock entfernt, mit der verrussten Stirn gegen den Bahnsteig, steht die Lokomotive. Der Führer sieht sich von oben herab die Leute an, viel interessierter vielleicht, als sie ihn. (Was sehr gegen die Reisenden spricht.) Nun müsste man eigentlich an ihn herantreten, die Hand hinaufreichen und sagen: "Sie haben mich bis hierher gebracht. Schönen Dank! Uebrigens sind Sie wundervoll gefahren, so sicher, pünktlich, ohne Zwischenfall; wirklich, es war fein." Und er würde vielleicht lächeln: "O, gern geschehen!", und, wenn er aus Preussen stammt, sicher noch hinzusetzen: "...ist doch meine Pflicht."

Warum tut man das nicht ... wenigstens in Gedanken, so beim Vorübergehen? Aber die Reisenden schauen gar nicht hin. Sie sehen nicht das Gesicht unter der schwarzen Mütze, ein gutmütiges Gesicht, die Schläfen leicht angegraut, grau auch die Augen, gelblichbraun die Haut, vom Winde verhärtet, und doch anders als bei Weekendsonneprotzen. Er streift mit seinem Blicke die Leute da unter ihm: Kinder, wenn ich euch nicht hierher gefahren hätte, wenn ich euch draussen stehen gelassen hätte ... bei Kilometer 67,9 meinetwegen, im Regen noch dazu! Wenn wir - mein Heizerkollege und ich - leise davon geschlichen wären, schöne Sache, was? Oder ich hätte die Karre auf Deuwel komm raus laufen lassen, an Haltesignalen vorbei, dass den Fahrdienstleitern Hören und Sehen vergangen wäre ... Wo sässen Sie da jetzt, Fräuleinchen, oder Sie, Herr mit der Aktenmappe; die Aufsichtsräte würden vielleicht schön auf Sie warten.

Das denkt er natürlich nicht. Ich denke es für ihn. Und meine Gedanken gehen noch weiter und landen sogar bei dem sächlichen eisernen Tier, dem jetzt noch der Oelschweiss herunterläuft. Gleich wird der Wagenpark aus der Halle gezogen; dann läuft es ein paar Schritte nach seiner Zelle im Lokschuppen, wird brav gewaschen und sozusagen schlafen gelegt.

Wie gesagt, bei näherem Hinzusehen...

Ofrahein.

Flug im Regen.^X

SPD. Grau und düster stehen Wolkenbänke über Land und Föhrde. Graue Balle wälzen sich langsam über den Himmel, hängen so tief, als wollten sie die Erde berühren. In kurzen, schlaffen Böen torkelt der Wind über den hochgelegenen, weiten Flugplatz. Der Propeller an der kleinen Junkersmaschine dreht seine ruhigen Touren, wie der Mann, der müllert, um langsam warm zu werden. Baum und Strauch, Schuppendach und Flugzeugflügel triefen von Nässe. Der Flugzeugführer, unförmige Gestalt in Pelz und Leder, springt mit hastigen, ungelenken Sprüngen zur Maschine. Die Passagiere schlagen für den kurzen Weg vom Flughafenengebäude zum Flugzeug die Mantelkragen hoch. Fehlt nur noch, dass jemand einen Schirm aufspannte.

Front gegen den Wind geht die Maschine mit Vollgas an. Eine unheimliche Geschichte, denn die 800 PS des Motors zwingen den ganzen Apparat von der äussersten Propellerspitze bis zum hintersten Schwanzstück in ihren Takt. Es

dröhnt nicht nur in den Zylindern; es dröhnt durch die Aluminiumwände, es dröhnt in den Schädeln der Passagiere, es zittert der Boden im Takte des Motors, es zittern die Koffer und Taschen, es zittern die Klubsessel, es zittern die Passagiere von den Fuss- bis in die Fingerspitzen. Das bisschen Hopfen über die Grasnarbe des Platzes geht unter in diesem Dröhnen und Beben. Die Frage, wann man aufhört zu fahren und anfängt zu fliegen, bleibt unbeantwortet von dem Gewalttakte des Motors. Nicht rechts, nicht links, nicht oben noch unten ist wichtig, sondern die Tatsache, dass man eingefangen, mitgehungen ist von dem heulenden und tanzenden Teufel da vorn vor dem Führer. Das Flugzeug fliegt nicht, schwebt nicht; es hämmert sich hinein in das trübe Nichts zwischen Erde und Wolken, und die Menschen in der Maschine haben mit zu hämmern. Erst wenn der Mensch sich diesem Schicksal ergeben hat, erst wenn er es aufgibt, sich gegen die Diktatur des Motors mit einem Gefühl, sei es Angst oder Wut oder Empörung oder Kopfschütteln, aufzulehnen, erst dann merkt er, dass er fliegt, im Regen, entlang am unteren Rande der schweren grauen Wolken, 200 Meter über einer regenglänzenden Erde. Dies Fliegen aber ist kein geruhiges Gleiten; es ist Kampf mit der Luft, mit dem Regen. Die Luft boxt sich mit der Maschine herum. Es gibt Kinnhaken, gerade linke, schräge rechte, und gegen Tiefschläge gibt es anscheinend im Luftreglement keine Bestimmungen. Man wird gehoben, gestossen, fallen gelassen, hochgezogen wie im Fahrstuhl - dagegen ist nichts zu machen. Mal nimmt eine Bö den linken Flügel hoch, ein paar mal lässt ein Luftloch die ganze Maschine 10 Meter absacken, mal bekommt der Schwanz den Ehrgeiz, nach oben hochzubocken, mal steckt der Motor die Nase indie Luft, und man liegt mehr in der Rückenlehne des Sessels, als man sitzt. Aber unentwegt hämmert der Motor seinen Takt, zwingt immer wieder die Maschine in die Wagerechte, bringt sie vorwärts, mit 150 km Geschwindigkeit in der Stunde.

Es regnet. Aber es regnet nicht von oben nach unten. Die Regenstrahlen ziehen wagerechte Linien, an den Fenstern der Kabine; wagerecht stossen die Tropfen von den Metallflügeln nach hinten. Und wagerecht, wie ein bunter Bilderbogen, fliesst unten die Landschaft vorbei. Braune, gepflügte Felder, tiefgrüne Wiesen, gehegt von Hecken und Zäunen, braune Landwege mit ausgefahrenen Gleisen, an denen man jede Spur und jede Scholle zu erkennen glaubt. Und plötzlich empfindet man, dass es schön, dass es seltsam ist, über diesen Bilderbogen hinwegzuknattern; plötzlich freut man sich der schweren, dunklen Wolken, die so dicht über dem Flugzeug liegen, als könne man sie mit der Hand greifen. Vertraut geworden ist das unheimliche Gefühl, widerstandslos vom Takte des Motors mitgerissen zu werden, überwunden die Enttäuschung darüber, dass dieses Durchhauen und Durchschrauben durch die Luft so garnichts zu tun hat mit dem Schweben und Gleiten, das man auf der festen Erde als fliegen erträumt. Man freut sich und sieht. Gemächlich zieht ein Ackerwagen einem Dorfe zu. Auf dem Marktplatz spielen Kinder und winken der Maschine nach. Ein Mann geht unter aufgespanntem Schirme vorder Kirche quer über die Strasse. Ein einzelnes Gehört wird querab sichtbar, noch eins, ein anderes Dorf weiter weg - - und wie manden Blick hebt, wie man ihn in der Runde schweifen lässt, erkennt man, dass dieser Bilderbogen da unten eine ganze Welt ist, eine Welt mit Gehöften und Dörfern, mit schwarzen Wäldern und grauweisen Seen, mit rauchenden Schloten inmitten eines grösseren Häusergewimmels und mit Menschen, die hier und da, kleine, putzige Liliputaner, auf den Feldern arbeiten oder auf den Wegen und Strassen wandern.

Weiter, weiter. Aus einem riesigen Walde steigen grauweisse Wölkchen, puffen die Maschine hoch, lassen sie wieder abgleiten. Die Bäume öffnen sich zu einem Wasserlauf, die Maschine überquert einen See. Es ist, als müsse sie ihn überklettern, um in der Mitte dann plötzlich in ein Tal zu sinken, und als jenseits des Sees das offene Feld herankommt, kündigt es sich mit einem kräftigen Haken gegen den linken Flügel an. Der Flugzeugführer grinst durch Schutzbrille und Scheibe einen Augenblick in die Kabine hinein. Er winkt

freundlich mit der rechten Hand. Dienst am Kunden in 150 Metern Höhe.

25 Minuten. Das Ziel nähert sich, zu dessen Erreichung der D-Zug eineinhalb Stunden braucht. Die Dörfer werden zu kleinen Städten; statt der Bauerngehöfte zeigen sich Wochenendhäuser und Lauben; die Felder sind vermischt mit Sportplätzen; eine erste Strassenzeile mit Villen stösst in das Land hinein. Geradeaus, verschwindend in Regenwolken und Schornsteindunst, liegt die Weltstadt, das Ziel. Autos ziehen gemächlich erste asphaltierte Strassen entlang; auf einem Schulhofe spielen Kinder; aus einem Garten springt wütend ein weisser Terrier. Man kann es nicht hören, aber man sieht es deutlich, wie er das Flugzeug anbellt. Wie rasend springt er kreuz und quer, überschlägt sich fast, springt in die Luft, versucht, noch schneller zu rennen als dieses merkwürdige Ding in der Luft da oben. Ein Schild leuchtet an der Vorderwand der Kabine auf: Bitte anschnallen! An den Sesseln gibt es breite Lederkoppel, die man um den Leib zu binden hat. Warum eigentlich? Plötzlich stehen Landschaft und Häuser nicht mehr unter den Flügeln, sondern neben den Flügeln, und der Motor hämmert geradezu in ein offenes Häuserdreieck hinein, das einen weichen, grünen Platz umsäumt. Ein Schornstein bleibt links liegen; eine Fahnenstange winkt, fast gleich hoch, von rechts. Ein kleiner Stoss, anders als das weiche Aufschwingen in der Luft, ein Stolpern und Springen, anders als in der Luft. Plötzlich ist auch das Hämmern des Motors weg, eingeschrumpft zu einem harmlosen, langsamen Summen. Man ist wieder auf der Erde. Die Maschine läuft auf grünem Rasen, rollt auf eine Zementplatte hinauf und bleibt schnaufend stehen. Wie die Kabinentür geöffnet wird und man hinaussteigt, merkt man, dass der Regen doch nicht wagerecht kommt, sondern von oben. Da weiss man erst richtig, dass man wieder unten ist.

Puck.

Technik und Sprache.^x

SPD. Technik und Sprache stehen in einem besonderen Verhältnis zu einander. Die Sprache der Technik wird von Millionen von Kulturmenschen nicht verstanden. Es gehört eine ganz besondere Fachbildung dazu, um die von der Technik der letzten hundert Jahre in immer steigendem Masse neu geschaffenen Begriffe zu verstehen. Wie schwer es für den Laien ist, sich hier zurechtzufinden, das zeigte sich vor kurzem in der Uebersetzung eines amerikanischen Buches über Edison. In diesem Werke hatte der deutsche Uebersetzer etwas geschrieben von "elektrischem Druck" und von "direktem Strom". Jeder, der das las, stutzte. Der eine glaubte vielleicht an eine bisher unbekannte Erfindung Edisons, der andere las kopfschüttelnd weiter. Nur der technisch Gebildete kam nach kurzer Ueberlegung auf den Gedanken, dass der arme, untechnische Uebersetzer nicht gewusst hatte, dass das, was der Amerikaner "elektrischen Druck" nennt, auf deutsch "Spannung" heisst und in Volt gemessen wird, und dass der geheimnisvolle "direkte Strom" nichts weiter ist als unser guter alter Gleichstrom. Die Sprache der Technik hat ihre eigenen Worte wie jede andere Fachsprache, und es ist ein Verdienst der neueren Philologie, endlich von romantischen Auffassungen, die der Sprache eine Entwicklung zuschieben, wie sie natürlichen Organismen eigen ist, abgekommen zu sein. Es ist auch ein Verdienst des Verbandes Technisch-Wissenschaftlicher Vereine, den Fragen, die sich aus der Beeinflussung der Sprache durch die Technik ergeben, erhöhte Bedeutung geschenkt zu haben. Die letzte Hauptversammlung dieses Verbandes war diesen Problemen gewidmet. Bekannte Sprachforscher und Ingenieure wussten zu diesem Thema viel Bemerkenswertes zu sagen.

Dr. Forstmann, der seit langem für eine Vereinfachung von Sprache und Schrift wirkt, unterschied sehr scharf zwischen der von allen Volksgenossen verstandenen Muttersprache, die eine unendliche Feinheit der Begriffe ent-

wickelt hat, und den Fachsprachen der Techniker, der Gelehrten, der Kaufleute usw., die trotz ständig wachsenden Umfanges eine ausserordentliche Einseitigkeit und Einförmigkeit aufweisen. Dabei hat jede Fachsprache ihre besonderen, nur ihr eigentümlichen Merkwürdigkeiten. So versucht man in der Chemie, zusammengesetzte Stoffe durch zehnjährige und mehrsilbige Worte auszudrücken, z.B. Dioxydiamidoarsenolbenzol, die chemische Bezeichnung für das bekannte Heilmittel Ehrlich-Hata 606 (Salvarsan), das der Bekämpfung der Syphilis dient. Dazu kommt natürlich noch die Formelsprache, die aber in diesem Zusammenhange ausser Betracht bleiben soll. Der Wortschatz der Technik ist noch nicht klar umgrenzt, aber man kann ihn in drei Hauptgebiete gliedern: Herstellung, Forschung und Vertrieb. Der Handel kann seinen Wortschatz in vier Gruppen teilen: Firmennamen, Markenwörter, Warennamen und Bestellwörter. Porstmann fordert mit Recht, dass der Wortschatz für die Herstellung unserer Waren schon im Interesse der Käufer aus der Muttersprache gedeckt werde. Dagegen können bei der technischen Forschung fremde Sprachen und Kunstsprachen herangezogen werden, da die Forschung sich auch auf den Wissensaustausch mit anderen Völkern stützt.

Der Wortschatz der Naturwissenschaften und der Technik wächst, wie Dr. Steche ausführte, viel schneller als der Wortbedarf anderer Fachgebiete. Sehr oft wird hier die Zuflucht zu Fremdwörtern genommen. Aufgabe der wissenschaftlichen Sprachforschung muss es sein, zu untersuchen, wie weit hier deutsches Sprachgut im Interesse der besseren Verständlichkeit herangezogen werden kann. Eine grosse Bedeutung kommt den internationalen Kongressen zu, die sich in den letzten Jahren in steigendem Masse mit technischen Fragen aller Art befassen. Die Verständigung würde gefördert werden, wenn alle Teilnehmer mindestens eine zweite Sprache verständen. Professor Matschoss schlug hier das Englische vor, das in Ostasien von 90 Prozent der Gebildeten verstanden würde, und das 170 Millionen Menschen als ihre Muttersprache sprechen. Mit dem sogenannten "Basic-Englisch" (British-American-Scientific-Commercial-English, also ein für Wissenschaft und Handel besonders durchgearbeitetes Englisch), das in etwa zehnjähriger Arbeit geschaffen wurde und mit etwa 850 bis 1000 Worten auskommt, bietet sich allein ein leichtes Mittel zur Verständigung in dieser Sprache. Im Gegensatz dazu gäbe es nur etwa 100 000 Menschen, die Esperanto verständen. Uebrigens vertritt Coudenhove-Kalerghi, der bekannte Vorkämpfer für Pan-Europa, die gleiche Ansicht. Immerhin wusste auf der Hauptversammlung auch ein Vertreter des Esperanto viele gute Gründe für diese Hilfssprache anzuführen. Trotzdem hat es natürlich viele Vorzüge, lebendige fremde Sprachen zu lernen. Auf diesem Gebiete ist die "Fredika", die auf sozialistischem Boden stehende Vereinigung der "Freunde internationaler Kleinarbeit" (Berlin SW 19, Kurstrasse 32), hervorragend tätig. Und zweifellos gehört das Englische zu den Sprachen, die leicht zu lernen sind. Uebrigens haben die vielen hervorragenden deutschen Forschungsarbeiten viele englische Ingenieure veranlasst deutsch zu lernen. In England gibt es eine ständig wachsende Vereinigung deutsch sprechender Ingenieure. So trägt auch die Technik dazu bei, die Kenntnis fremder Sprachen zu fördern.

Ein weites Arbeitsgebiet liegt hier vor den Sprachforschern ausgebreitet. Wenn es in weitestem Masse durchforscht sein wird, dann dürften die Naturwissenschaften und die Technik neue Fortschritte gemacht haben, deren Ausstrahlungen alle Gebiete des menschlichen Lebens unendlich viel stärker erfassen, als wir heute ahnen.

Willy Möbus.

Das ist der Mai!^x

Das ist der Mai! - Man spürt verhaltenes Sehnen
so seltsam prickelnd durch Gemüt und Herze ziehen;
sogar der Spatz schilpt in verliebten Tönen.
In vierzehn Tagen wird der Flieder blühen...

Man zieht des Sonntags in die grünen Wälder,
im Freien dudeln Koffergrammophone.
Die Wandervögel wandern durch die Felder,
zu Zweien, in Gruppen; niemals einzeln, "ohne" -

Man schmiedet heimlich Pläne für die Sommerreise,
(zwar hat man sich zu Haus zu bleiben vorgenommen);
und doch: die Reichsbahn senkt verheissungsvoll die Preise,
und man sieht ferne Ziele lockend nahekomen.

Der Dichter schreibt die fällige Frühlingsdichtung,
man renoviert, frischt auf an allen Enden.
Die KPD. bestimmt 'ne neue Richtung...
Nun muss sich endlich, endlich alles wenden!

Die Wahlzeit ist ja - gottlob - auch verflossen;
was Flugblatt war, hängt in verschwiegenen Räumen.
Man reisst es ab, liest still: "Heil, P.-Genossen!" - -
Das Wasser rauscht und "spült" mit Hitlers Träumen.

Ihr hattet zuviel Vorschusslorbeer schon genommen
und wolltet's uns diesmal so richtig geben...
Nun ist es plötzlich garnicht so gekommen?
Ja, der Marxismus hat ein zähes Leben! - -

Das ist der Mai! - Die Welt steht wieder offen;
das Pfingstfest naht; wir brechen grüne Maien;
es lebt sich so viel leichter, wenn wir hoffen
und uns der Sonne und des Frühlings freuen!

Walter Schirmeier.

Auf den Ley!

Der gute Mann, den Ley beiseite dort gezogen!
Was Ley ihm sagt, das ist erlogen.
Wie weiss ich das? - Ich hör' ihn freilich nicht:
Allein ich seh' doch, dass er spricht.

Lessing.

SPD. Japans Kampferproduktion.^x Auf der japanischen Insel Formosa an der
südöstlichen Küste von China, in dem Distrikt Taiwan, werden achtzig Prozent
des Weltverbrauchs an Kampfer gewonnen. Die Kampferproduktion Japans ist da-
mit die bedeutendste der Erde.
